
**Der Mensch ward zum Tun und
nicht zum Vernünfteln geschaffen**
G. E. Lessing

Für eine Kultur des Friedens

20 Jahre Friedenszentrum



Inhalt

1. Uta Zapf: 20 Jahre Arbeit für den Frieden	5
2. Frieder Schöbel, Ingeborg Gerlach: 20 Jahre Friedenszentrum	7
3. Interview mit Frieder Schöbel: Friedensarbeit verstetigen	9
4. Christian v. Heusinger: Sie waren Geopferte, nicht Opfer	17
5. Bettina Henze: Als ABM im Friedenszentrum	24
6. Andreas Schattka: Erinnerungen	26
7. Martina Staats: Die Ausstellung „Vernichtungskrieg“	27
8. Ingeborg Gerlach: Wege zu einer Kultur des Friedens	29
9. Ingeborg Gerlach: Globalisierung kontrovers	31
10. Ingeborg Gerlach, Frieder Schöbel: Unsere Arbeitsgruppe Gedenkpunkte	35
11. Dietrich Kuessner: Wer den Krieg will, kriegt ihn auch	40
12. Frieder Schöbel: Den Tod bringen Waffen aus Deutschland	42
13. Theodor Ebert: Was würde Jesus zum Bombodrom sagen?	49
14. Helmut Weidemeier: Aus unserer Literaturgruppe	55
15. Ute Lampe: Frieden ist eine Herausforderung!	56
16. Mitglieder, Vorstände, Mitarbeiter, Ausstellungen, Publikationen, Vorträge	58

Impressum

Herausgeber:

Friedenszentrum Braunschweig e.V. – Goslarsche Straße 93 – 38118 Braunschweig
Telefon: 0531.89 30 33 – friedenszentrum@arcor.de – www.friedenszentrum.de

Verantwortlich: Ingeborg Gerlach, Frieder Schöbel – Mitarbeit: Silke Böhme

Gestaltung: die kommunikationsidee – Nicole Palm
www.die-kommunikationsidee.de

Druck: Lebenshilfe Braunschweig

© Friedenszentrum Braunschweig e.V., 2007

Uta Zapf

Zwanzig Jahre Arbeit für den Frieden

Als im März 1987 das Braunschweiger Friedenszentrum gegründet wurde, sah die Welt anders aus als heute. Der Ost-West-Konflikt bestimmte die sicherheitspolitische Debatte, ebenso die atomare Abrüstung.

„Soziale Verteidigung“, „gemeinsame Sicherheit“ und „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ waren wichtige Stichworte dieser Diskussion. Die Gespräche bei der KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, heute OSZE) zu vertrauensbildenden Maßnahmen und zur Begrenzung der konventionellen Rüstung mündeten wenige Jahre später in einen Vertrag, der einen großen Schritt zur Verringerung von konventioneller Rüstung brachte. Auch im Bereich der atomaren Abrüstung wurden entscheidende Schritte gemacht. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs gab es Hoffnung auf eine Friedensdividende, weil konventionelle und atomare Abrüstung auf einem guten Weg schienen. Wir glaubten, dass es in Europa nie wieder Krieg geben würde und wir glaubten nach der Verlängerungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag 1995 auch, dass die atomare schrittweise Abrüstung zu einer atomaffenfreien Welt führen könne.

Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien, an dessen Folgen wir heute noch zu arbeiten haben, riss uns aus diesen Blümenträumen. Wir mussten begreifen, dass eine neue, andere Art von Konflikten uns bedroht.

Der „neue Sicherheitsbegriff“ definiert als Lehre aus diesen Erkenntnissen Sicherheit nicht ausschließlich militärisch. Er umfasst ökonomische und ökologische Stabilität, soziale Gerechtigkeit, Entwicklungschancen für die Länder der „Dritten Welt“ und die friedliche Beilegung sozialer, nationaler, ethnischer und religiöser Konflikte.

1991 gab Butros Butros-Ghali mit seiner „Agenda for Peace“ den ersten Anstoß zur Entwicklung einer Politik der Krisenprävention. Krisenprävention und Krisenmanagement sind die eigentlichen Herausforderungen des Jahrhunderts.

Seit 1999 sind sowohl national in Deutschland als auch auf europäischer Ebene die zivilen Instrumente dafür entwickelt worden.



Uta Zapf, Mitglied des Deutschen Bundestages

In Deutschland wurden ein viel gelobter „Aktionsplan Zivile Krisenprävention“ erstellt und schrittweise die Instrumente des zivilen Krisenmanagements ausgebaut. Der Zivile Friedensdienst leistet wichtige Arbeit in aller Welt, das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze gewährleistet eine adäquate Ausbildung für Zivilkräfte im Kriseneinsatz.

Trotz aller dieser positiven Entwicklungen steht immer noch der militärische Einsatz im Mittelpunkt der Diskussion. In manchen Fällen kann auf militärische Mittel nicht verzichtet werden. Auch die Konsolidierungsprozesse auf dem Balkan, im Kosovo und in Bosnien, werden nach wie vor militärisch abgesichert. Wichtig aber ist die Erkenntnis, dass zivile Mittel von herausragender Bedeutung sind und ausgebaut werden müssen. Wo immer Konflikte sich anbahnen, müssen wir frühzeitig diplomatisch tätig werden. Wenn wir in Zukunft tatsächlich eine Politik der Krisenprävention und des Konfliktmanagements aufbauen wollen, müssen alle vorhandenen Instrumente gestärkt, ausgebaut und gebündelt werden. Entwicklungspolitik, Wirtschaftspolitik, Ökologie und Sozialpolitik müssen für eine kohärente Präventionspolitik vernetzt werden.

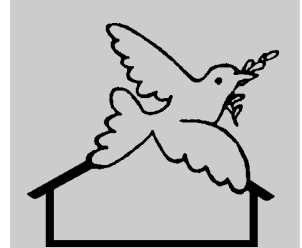
Bis dahin ist es aber noch ein weiter Weg. Das Friedenszentrum Braunschweig wird noch lange gebraucht.

Uta Zapf (SPD) ist Vorsitzende des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Ingeborg Gerlach, Frieder Schöbel

20 Jahre Friedenszentrum Braunschweig

Die Gründung des Braunschweiger Friedenszentrums im Jahre 1987 fiel in die letzte Phase des West-Ost-Konflikts. Die Mauern im Kopf abzubauen gehörte zu den erklärten Zielen der GründerInnen, die sich zuerst auch um Kontakte nach Magdeburg bemühten, was zur Partnerschaft der beiden Städte beitrug. Besucher aus Orel, Kiew, England und Frankreich kamen ins Friedenszentrum. Friedensarbeit sollte nachhaltig und professionell entwickelt werden. Entspannungspolitik, Abbau von Feindbildern, Aufklärung über die galoppierende Rüstung und die Ursachen von Konflikten und Armut, über die Gefahren der Massenvernichtungswaffen, zu denen heute auch die Kleinwaffen gehören – aber auch Erinnerungsarbeit, alternative, nämlich gewaltfreie Konfliktbearbeitung waren und sind unsere Arbeitsbereiche.



Das Logo des Friedenszentrums: Die Taube als Friedenssymbol über einem Haus. Das Friedenshaus für Braunschweig ist einer der Wünsche des Vereins. Er besteht bis heute fort.

Eine kurze Zeit Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre sah es so aus, als gebe es kein feindliches Gegenüber mehr. Doch seither belehrten uns zwei Irak- und mehrere Balkankriege eines Schlechteren. Inzwischen müssen wir mit großem Unbehagen sehen, wie die Bundeswehr, die gegen „den Iwan“ 50 Jahre lang nicht ins Feld geführt wurde, heute an vielen Ecken und Enden der Welt präsent ist, um gegen einen „Terror“ zu kämpfen, von dem man nur weiß, dass er „islamistische“ Züge trägt, der aber sonst sein Gesicht dauernd wechselt.

Was kann das Friedenszentrum in einer Zeit machen, die von ähnlichen Ängsten gekennzeichnet ist wie die schlimmsten Phasen des Kalten Krieges? Es kann zum Beispiel zeigen, welche Interessen (Öl) hinter den Auseinandersetzungen stehen, welche die Anwesenheit deutscher Truppen angeblich so zwingend notwendig machen. Mehr noch: Es kann an Egon Bahrs Diktum erinnern, dass die eigene Sicherheit nur dann gewährleistet ist, wenn man die Sicherheit der Gegner mit berücksichtigt. Was im Kalten Krieg galt, ist nach wie vor richtig. Das heißt, dass wir uns gegen die Strategie der bewaffneten Intervention wenden, die aus der NATO eine überall auf der Welt präsen- te Eingreiftruppe machen will. Immer mehr verbreitet sich die Einsicht, dass auch lang-

jährige militärische Einsätze keinen Frieden schaffen können.

Daher plädieren wir für zivile Konfliktbearbeitung und sehen in Ungerechtigkeit und Diskriminierung, in Korruption und Unterdrückung, im Machtstreben, aber auch in wirtschaftlichen und sozialen Problemen wichtige Ansatzpunkte für viele angeblich unlösbare Konflikte. Insbesondere wenden wir uns gegen alle Versuche, einen Clash of Civilizations (= Krieg der Kulturen) für unausweichlich zu erklären. Statt dessen plädieren wir zum Beispiel im Nahen Osten für internationale Konferenzen und ein Abkommen analog dem KSZE-Prozess ab 1975. Das würde einen umfassenden Nichtangriffsvertrag auf der Basis gegenseitiger Anerkennung bedeuten.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine gerechtere Verteilung des vorhandenen Reichtums ein, um die Schere zu schließen, die sich nicht nur zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern, sondern mittlerweile in der Gesellschaft aller Staaten dieser Welt immer weiter öffnet.

Dies sind Zusammenhänge, die der Öffentlichkeit vermittelt werden müssen. Das ist eine der Aufgaben, mit denen das Friedenszentrum in den nächsten Jahren beschäftigt sein wird. Es handelt sich um ein Querschnitt-Thema, das die Zusammenarbeit mit anderen politischen, kulturellen oder ökologischen Gruppierungen erfordert.

Wir feiern unser 20-jähriges Jubiläum vom 20. bis 25. März 2007 und nutzen diesen Anlass zum Rückblick. Davon soll diese Broschüre Zeugnis ablegen. Den Mittelpunkt bildet der neueste Text von Theodor Ebert zum Thema Gewaltfreiheit. Eberts Gedanken haben uns von Anfang bei unserer Arbeit begleitet und sie sind heute aktueller als je; wir danken ihm dafür, dass er uns diesen Artikel zur Verfügung gestellt hat.

Die übrigen Artikel zeichnen die Arbeit des Friedenszentrums in den beiden Jahrzehnten nach; sie beleuchten seine Aktivitäten auf verschiedenen Gebieten: Ausstellungen (bis hin zum gescheiterten Versuch des Friedenszentrums, die Wehrmachtsausstellung nach Braunschweig zu holen), unsere Gedenkstätten-, Informations- und Vortragsarbeit, besonders auch die Bemühung, arbeitslosen Menschen und RuheständlerInnen eine sinnvolle, überaus wichtige Arbeit für eine friedlichere Zukunft unseres Globus zu geben, soll in diesem Band deutlich werden.

Zukunft werden wir nur haben, wenn wir uns nicht nur gegen Rüstung, Korruption und Verschwendung, sondern auch für die Erhaltung der Natur und des Klimas einsetzen.

Allen AutorInnen unseren herzlichen Dank!

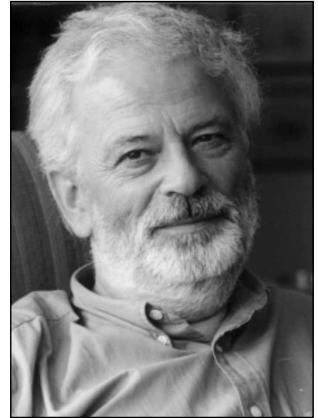
Silke Böhme, Ingeborg Gerlach

Friedensarbeit verstetigen

Gespräch mit Frieder Schöbel

Welche Friedensaktivitäten gab es in Braunschweig vor der Gründung des Friedenszentrums?

Innerhalb der SPD gab es aufgrund eines Parteitagbeschlusses schon 1979 eine Friedensinitiative, in den 80er Jahren die Aktivitäten der Unabhängigen Arbeitsgemeinschaft Braunschweiger Friedenstage (AGBF) und etwas später die Friedenskoordination. Letztere hat Ostermärsche, Antikriegstage und Friedenswochen organisiert. Nicht zu vergessen die Kriegsdienstverweigerergruppen und kirchlichen Friedensgruppen der einzelnen Gemeinden. Im Bezirk Braunschweig gab es sogar eine Landeskirchliche Friedensinitiative.



Frieder Schöbel, Gründungsmitglied des Friedenszentrums.

Machten auch Menschen der Friedensbewegung aus der Ostermarschzeit mit?

Einzelne hatten sich bei der AG Braunschweiger Friedenstage eingebracht. Aber das waren recht wenige. Diese AG war eine neue Gruppierung junger Menschen, die das Studium abgeschlossen hatten, aber noch am Anfang ihrer beruflichen Tätigkeit standen. Sie fanden sich monatlich im Spiel- und Lernzentrum zusammen und planten gemeinsame Friedenswochen.

Was war der konkrete Anlass für diese neu auflebenden Aktivitäten?

Der konkrete Anlass waren die Raketenstationierungen, die 1979 von Helmut Schmidt vorgeschlagen worden waren. Dagegen gab es die bekannten Mutlanger Sitzblockaden, an denen sich auch viele Prominente beteiligten. Kaum wurde bekannt, dass die NATO beabsichtigte, neue Raketen auch in Deutschland zu stationieren, brach ein heftiger Protest der Friedensbewegung los. Neue Demonstrationsformen wurden entwickelt: Lichterketten, symbolische Umzingelungen. In Mutlangen blockierten Demonstranten immer wieder die Zufahrt zum US-Camp. Im Sommer 1983 nahmen an den Demonstrationen auch Prominente teil, wie Heinrich Böll, Günter Grass, Oskar Lafontaine, der Rhetorikprofessor Walter Jens, unser Wolfenbüttler Mitglied Helmut Kramer sowie die Ikone der neuen Grünen Partei Petra Kelly. „Unser Mut wird langen – nicht nur in

Mutlangen“, skandierten die Demonstranten vor den Toren des Stützpunktes.

Am 22. November 1983 gab der Deutsche Bundestag unter dem neu gewählten Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) nach einer turbulenten Sitzung grünes Licht für die Stationierung der Raketen an drei Standorten. Dann folgten die großen Demonstrationen im Bonner Hofgarten (300.000 TeilnehmerInnen) und dezentral in Hamburg, Berlin und Köln.

Die ganzen 80er Jahre über veranstaltete die AGBF regelmäßig Friedenswochen im November. Sie waren ursprünglich von kirchlichen Gruppen angeregt worden. Die Friedenswochen gibt es heute noch, obwohl sie jetzt nur in wenigen Gemeinden der evangelischen Kirche stattfinden. Die Vorbereitung geschah in Arbeitsgruppen. Eine Untergruppe unter der Leitung von Jürgen Tatz beschäftigte sich z. B. nur mit der Gestaltung von ganzen Plakatserien, die an Litfasssäulen ausgehängt oder sogar selbst auf gemieteten Plakatwänden gemalt wurden. Einige Vortragsreihen wurden von Jürgen Tatz gesammelt und veröffentlicht.

Was kannst Du über die Zusammenarbeit unter den Gruppen sagen?

Sie war nicht parteipolitisch akzentuiert. Kleinere linke Parteien, die versuchten Einfluss auszuüben, mussten sich den jungen, sehr fachkompetenten Leuten aus den unterschiedlichsten sozialen Gruppen anpassen. Das Spiel- und Lernzentrum war dabei, andere Pädagogen- und Psychologengruppen, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die Initiative für eine freie Schule, der Stadtschülerrat, die ASTen, die Gesamtschulen.

Gab es eine Zusammenarbeit mit Gruppen, die sich aus anderen Beweggründen gegründet hatten, zum Beispiel Anti-Atom-Kampagnen?

Den Krefelder Appell gegen neue Atomraketen, der schließlich eine Million Unterschriften erbrachte, versuchten wir hier auch zu verbreiten. Organisatorisch war das eine Riesenarbeit, weil jeder, der ihn unterschrieb, Geld spendete, um die gesammelten Namen in der Braunschweiger Zeitung in Großanzeigen zu veröffentlichen. Ein weiterer Erfolg war die Kampagne für eine ABC-Waffen-freie Stadt, die 1984 für den ersten Braunschweiger Bürgerantrag 8.500 Unterschriften zusammenbrachte. Diese Unterschriften wurden übrigens vom Rechtsamt durch Tricks „heruntergerechnet“, so dass der Antrag zunächst nicht beraten werden konnte. Glücklicherweise brachte ihn die SPD-Fraktion danach sofort als ihren eigenen ein und konnte eine Mehrheit gewinnen. Diesen Beschluss hob der damalige niedersächsische CDU-Innenminister wieder auf, weil er meinte, dass derartige friedenspolitische Beschlüsse den Kommunen nicht gestattet seien.

Die Idee, einen Verein zu gründen, entwickelte sich aufgrund der Einsicht, dass diese Friedensarbeit, die so viel Organisatorisches erforderte, gefestigt, verstetigt, professionalisiert werden musste, dass Menschen sie auch als ihre normale Arbeit entwickeln, schließlich sogar daraus ihren Lebensunterhalt bestreiten konnten. Nur ein gemeinnütziger Verein konnte solche Arbeit garantieren. Einmal finanziell, dann auch durch ein Büro. Es gab schon ähnliche Büros in anderen Städten, die wir zum Vorbild nahmen. In der SPD war es Oberbürgermeister Gerhard Glogowski, der den Hinweis gab, dass ein gemeinnütziger Verein auch städtische Kulturfördermittel beantragen könnte.

Welche Vorbilder hattet ihr in anderen Städten?

In Hannover bestand im Haus der Jugend schon viele Jahre ein KDV-Beratungsbüro. Auch in Göttingen gab es das. Und Reste der Ostermarschbewegung arbeiteten mit größerer Resonanz in Nordrhein-Westfalen. Die Zeitschrift „Links“, von ehemaligen Ostermarschierern gegründet, nahm sich der Thematik Rüstung und Abrüstung an. Ganz wesentlich hat uns die Arbeit der Sievershäuser „Dokumentationsstätte zu Kriegsgeschehen und über Friedensarbeit“ angeregt, eine Gründung des dortigen Pastors Klaus Rauterberg (gestorben 2006). Was wir bisher nie erreicht haben, nämlich ein Friedenshaus für unsere Stadt, nahm dort schon Gestalt an.

Welche Aktivitäten gingen von der Friedensbewegung allgemein aus und welche waren ihre Ziele damals, noch direkt vor der Gründung des Friedenszentrums?

Wir machten vor allen Dingen den Versuch, die weitere Aufrüstung zu verhindern und gewaltfreie Alternativen zu Feindbildern und Hass zu entwickeln. Ich weiß nicht, ob das historisch ganz richtig ist, aber offensichtlich war in der Bundesrepublik in den 80er Jahren die größte Friedensbewegung entstanden, die es je gegeben hat. Die erwähnten Demonstrationen, die bis weit in die SPD hinein unterstützt wurden, belegen das. Dabei traten Politiker wie Willy Brandt, Erhard Eppler und Egon Bahr als Redner auf, die die Entspannungspolitik gefährdet sahen.

Helmut Schmidt argumentierte, dass neue Raketen nötig seien, da die Russen in der DDR die SS-20 stationierten, sozusagen als Ausgleich. Friedensforscher sagten damals schon, dass erstens die SS-20 keine zusätzliche Rüstung darstellten, sondern andere ersetzten und nur mit dem Westen gleichzogen und dass – abgesehen davon, dass wir das Geld nicht dafür ausgeben wollten – in der Bundesrepublik, die zusätzliche Stationierung von Raketen zusätzliche Risiken bringen würde. Helmut Schmidts Theorie ist heute, dass er damit die Russen niedergerüstet habe. Das hätte Schmidt allein nicht

geschafft, wenn es nicht die Friedensbewegung gegeben hätte.

Die Friedensbewegung hat vor allen Dingen auf der östlichen Seite Vertrauen geschaffen. Gorbatschow hat gesagt, es habe ihn sehr beeindruckt, dass es im Westen starke Kräfte gab, die sich für Frieden einsetzten. Dies sei für ihn ein Anstoß gewesen, sich selbst dafür mehr einzusetzen. Die Entspannungspolitik wurde so verstärkt. Ich erinnere mich, dass ich schon in den 60er Jahren eines der ersten Referate nach meinem Eintritt in die SPD über die Entspannungspolitik Willy Brandts gehalten habe.

Die gesamte Rüstung zu analysieren war ein riesiges Feld, und wir sahen ein, dass es immer schwieriger wurde, in der Rüstungsdiskussion nur auf dem Laufenden zu bleiben. Ständig kamen neue Papiere heraus, die die Rüstung analysierten und neue Vorschläge unterbreiteten. Daher brauchten wir festangestellte Leute, die sich hauptamtlich damit beschäftigten.

1970 rief Präsident Gustav Heinemann dazu auf, die Friedensforschung zu schaffen. Zehn Jahre später gab es sie mit mehreren Instituten. Ende der 80er Jahre hatte sie sich trotz Helmut Kohls Kürzungen etabliert und es gab sehr viele Friedensforscher, die in Vorträgen über die Ergebnisse ihrer Arbeit berichteten. Sie referierten nicht nur über Raketen, sondern auch über gewaltfreie Alternativen, gewaltfreie Erziehung und praktizierten mit uns Trainings zur Gewaltfreiheit.

Überhaupt war ein starker Antrieb, dass man sich in den 80er Jahren erstmalig selbst öffentlich zur Kriegsdienstverweigerung und zum Pazifismus bekennen durfte. Vorher war das schier unmöglich, man wurde verdächtigt („Geht doch ‚rüber!‘“) oder diskriminiert. In Bayern durften KDVer nicht in den Staatsdienst. Nun konnten Friedensbewegung und Friedensforschung realistische Alternativen anbieten und somit Kriegsdienstverweigerer nicht mehr als Drückeberger bezeichnet werden.

Aus welchen Personen setzte sich das Friedenszentrum zusammen?

Die Berufe waren sehr unterschiedlich, Biologen, Informatiker, eine Mehrheit waren Pädagogen. Diese suchten nach neuen Erziehungsmethoden, um das übliche militaristische Strammstehen und die Gehorsamserziehung abzuschütteln. Das wurde erst möglich, nachdem man sich mit den deutschen Militarismus auseinandergesetzt hatte. Und das war in den 60er Jahren geschehen, also eine klare innere Abwendung von jener fürchterlichen deutschen Tradition – besonders in der Erziehung. In dieselbe Zeit fallen die ersten Gründungen von demokratischen Gesamtschulen.

Waren ältere Personen dabei, die den Krieg miterlebt hatten?

Zum Beispiel Franz Pelz, langjähriger Ratsherr der SPD. Franz Pelz war Schmied und später Betriebsrat, Pastor Wicke vertrat die Magni-Kirche, und der dritte Braunschweiger Ratsherr, Kurt Hänsch, war Metallarbeiter. Das waren die Älteren. Sie waren Unterzeichner der Ostermarschauftufe.

Was stellte die Friedenskoordination dar?

Die Frieko war ein Zusammenschluss von festen Gruppen und Parteien. Sie trat an die Stelle der AGBF. Die großen Demonstrationen hat sie mit vorbereitet. Sie hatte nie jemanden mit Vollzeitbeschäftigung, sondern nur Leute, die das nach Feierabend machten. Seit der Gründung des Friedenszentrums gab es die Möglichkeit, dass ein Mitarbeiter diese Arbeit unter dem Dach des Friedenszentrums als ABM-Stelle intensivieren konnte.

Wie entstand die Idee eines Friedenszentrums?

Wir stellten fest, dass es in der Geschichte immer wieder ein Abflauen von Bewegungen gab. Wir wollten verhindern, dass die intensiven Aktivitäten, die sich in den 80er Jahren entwickelt hatten, wieder verflogen. Daher haben wir dann in einer kleinen Gruppe von zehn Engagierten mehrere Vorbereitungssitzungen gemacht und uns von den Nürnberger Jusos eine Satzung besorgt.

Zur Gründung im Gemeindesaal an der Paulikirche kamen 25 Menschen zusammen. Es gab eine heiße Diskussion, weil einige die Gründung noch nicht wollten. Sie meinten, das müsse noch länger in den Gruppierungen diskutiert werden. Vertreten wurde dies von einer der DKP zugehörigen Gruppe, aber sie haben sich nicht durchgesetzt. Dagegen standen Grüne wie Richard Gödecke und Lisa Maladinsky oder auch SPD-nahe Leute. Sie haben bewirkt, dass das Friedenszentrum gegründet wurde.

Von den erschienenen 25 Personen stimmten 17 für eine Gründung. Am selben Tag haben wir auch die Satzung beschlossen. Die war dann schon fast komplett, nur noch ganz geringe Änderungen hat das Amtsgericht verlangt, damit sie als gemeinnützig eingetragen werden konnte. In der Gründungsversammlung entschieden sich dann auch von der DKP immerhin fünf dafür, unter den 17 Mitgliedern mitzumachen.

So gehörte ein Mitglied der DKP dem Vorstand an (Anne Lenhardt), ein weiteres Mitglied stand den Grünen nahe (Holger Heuer) und zwei kamen aus der SPD (Gabriele Canstein und Frieder Schöbel). Die Versammlung leitete der Theologe Reinhard Zabel. Er machte eine wichtige Sozialarbeit im westlichen Ringgebiet, das hat die Kir-

che gar nicht geschert. Daher suchte er beruflich eine Alternative in der Erwachsenenbildung und kam so zum Friedenszentrum.

Die Idee war, ABM-Kräfte zu engagieren, die das Arbeitsamt bezahlte. Wir stellten Finanzanträge an die Stadt, um für die Nebenkosten (Ausstellungskosten, ReferentInnen, Büro) Zuschüsse zu bekommen. Daneben haben wir Second-Hand-Material gesammelt. Büromöbel bekamen wir von den Jusos. Einige Möbel fanden wir in dem Gebäude in der Goslarschen Straße vor, die in den anderen Zimmern zurückgelassen worden waren. Tische und Stühle übernahmen wir vom FBZ.

Wie gestaltete sich die Anlaufphase?

Im ersten Jahr suchten wir Mitglieder, Gelder, Spenden und Räume. Wir begannen in den von der Stadt gemieteten vier Räumen in der Goslarschen Straße ab 1988 mit drei ABM-Kräften. Sie hatten natürlich alle ihre eigenen Ideen und mussten sich zusammenraufen.

Das Verhältnis ABM und Vorstand war nicht ohne Reibung, aber wir haben uns immer irgendwie geeinigt, wenn es darum ging, welchen Umfang die Arbeit der angestellten Kräfte haben sollte. Es gibt in den Protokollen Beschwerden, dass die ABM-Kräfte nicht alles Beschlossene leisten konnten. Sie haben selbst Ausstellungen entwickelt und produziert. Die erste Gruppe bestand aus Hartmut Kägeler-Evers, Reinhard Zabel und Daniela Klemann. Daniela war als Teilzeit-Hilfskraft für die beiden Hauptkräfte vorgesehen. Hartmut war sehr erfahren im Entwerfen von Programmen und in der Kassenverwaltung. Er hat es geschafft, dass wir im zweiten Jahr schon mit vier ABM-Kräften arbeiten konnten. So kam die Ausstellung zum 50. Todestag Carl von Ossietzkys zustande, die Ausstellung „Helden-Mörder-Opfer“ und unsere erste Ausstellung „Kinder spielen und erleben Krieg“. Letztere wurde völlig selbstständig vom Friedenszentrum erstellt. Da tappten wir noch ein bisschen im Dunkeln: Was gehört eigentlich zur Friedenskultur und wie wirkt sich unsere Kriegskultur auf Kinder aus?

Wer unterstützte Euch?

Wir haben von der Stadt Zuschüsse bekommen, befürwortet durch SPD und Grüne. Die CDU war immer streng dagegen. Andere Friedensgruppen haben relativ wenig Unterstützung gegeben. Keine trat dem Verein bei, auch nicht die Landeskirchliche Friedensgruppe, die ich schon erwähnt habe. Es gab sogar eine bestimmte Gruppe von Pastoren, die sagten: „Einen extra Verein für Frieden brauchen wir nicht“, so unter anderem Albrecht Fay.

Was waren konkrete Ziele?

Letztlich trifft heute immer noch das zu, was damals zutraf, nämlich: Schaffung und Erhaltung einer Friedenskultur, die Propagierung von Alternativen zum Militär, zur Aufrüstung, Analyse der weltweiten Konfliktherde, Verbreitung alternativer gewaltfreier Politik und Aktionsformen, Trainings für Gewaltfreiheit. In Vortragsreihen wollten wir das, was die Friedensforschung erarbeitete, den BürgerInnen näher bringen. Die Zeitung hat uns von Anfang an nur sehr mäßig unterstützt.

Wie gestaltete sich der Strukturwandel innerhalb der Mitgliedschaft?

Bei mir war der Anstoß, dass ich mir kurz vor meinem 50. Lebensjahr noch einmal etwas Neues beginnen wollte, nachdem ich vorher schon bei der Gründung der Gesamtschule und amnesty international in Braunschweig dabei war.

In all diesen Gruppen – SPD, Gewerkschaften, Kirche – war es immer nur eine kleine Minderheit, die sich für den Frieden engagierte.

In allen Braunschweiger Parteien sehe ich kaum friedenspolitische Aktivitäten, obwohl ich in der SPD selbst versucht habe, durch ganz konkrete Anträge etwas zu bewegen, beispielsweise zur Reduzierung der Bundeswehr oder für ein Atomwaffenfreies Braunschweig.

Aus der allgemeinen Oppositionsbewegung haben sich die unterschiedlichsten punkterichteten Initiativen entwickelt, so das Komitee für Grundrechte und Demokratie, das in erster Linie Menschenrechtsverletzungen beobachtet, die Gustav-Heinemann-Initiative, die sich für Menschenrechte und Frieden engagiert, die Gesellschaft für bedrohte Völker, die hauptsächlich für die Rettung von Minderheiten in anderen Ländern arbeitet. Dazu gehören Organisationen, die sich mit den Vereinten Nationen beschäftigen wie UNCOPAC oder Forum Crisis Prevention.

Auf dem Hintergrund der Friedensforschung ist eine Spezialisierung eingetreten. Die Pressehütte Mutlangen macht seit den Blockaden bis heute eine gute Arbeit. Oder etwa die Evangelischen Akademien Bad Boll, Iserlohn und Loccum, die sich regelmäßig mit Friedensfragen auseinandersetzen.

Einen Bund der deutschen Friedenszentren gibt es noch nicht?

In der Gründungsphase des Friedenszentrums gab es eine berühmt gewordene Tagung in Schwerte, die sich dem Thema „Kultur-Stadt-Frieden“ widmete. Die Teilnehmer des Friedenszentrums haben dort gelernt, dass wir auch die eigene kulturelle Umgebung daraufhin untersuchen müssen, ob bei uns Stadtgeschichte noch obrigkeitstaatlich und

militärisch interpretiert wird oder ob es inzwischen friedensorientierte kulturelle Entwicklungen gibt. In Schwerte wurde dargestellt, dass es in der Gegend eine römische Legion gab, die sich zum Christentum bekannte, daraufhin desertierte und von den Römern größtenteils hingerichtet wurde.

Weitere Beispiele sind die Friedensstädte Osnabrück und Münster (Westfälischer Frieden von 1648) und die Friedensstadt Linz in Österreich.

Was bedeutet das für Braunschweig? Unsere Stadt trat 1987 dem Hiroshima-Städtebund bei, hat aber seit vielen Jahren ihre Verpflichtungen aus dieser Mitgliedschaft nicht erfüllt. Sie müsste nämlich die Bevölkerung regelmäßig über die Gefahren von Massenvernichtungswaffen informieren. Unsere diesbezüglichen Schreiben an den Oberbürgermeister wurden leider nicht einmal beantwortet.



Infostand des Friedenszentrums beim Tag der Braunschweigischen Landschaft. Im Vordergrund das „Mosaik“ mit der Darstellung von Szenen aus Picassos „Guernica“.

Dr. Christian von Heusinger

Sie waren Geopferte, nicht Opfer

Rede gehalten am 6. August 1989 zur Eröffnung der Ausstellung „Helden – Mörder – Opfer“ im Gaußsaal des Altstadtrathauses

Für Ihre Begrüßung, Frau Bürgermeisterin (Freifrau Grote, die Hrsg.), danken wir herzlich. Ihre Worte sind dazu angetan, das Nachdenken zu fördern. Es ist für uns durchaus nicht selbstverständlich, dass wir diese Ausstellung auf altem städtischen Boden zeigen, unsere Aktivitäten mit Ihrer Hilfe entfalten dürfen.

Ohne die Bereitschaft des Rates der Stadt Braunschweig, dem Ausstellungsprojekt den Gaußsaal des Altstadtrathauses zur Verfügung zu stellen, wäre die weitere Planung hinfällig geworden. Ihre Unterstützung, Frau Bürgermeisterin, hat die Unterstützung durch die Bezirksregierung möglich gemacht, die Zonenrandmittel zur Verfügung gestellt hat, für die wir besonders dankbar sind. Ohne diese Zuwendung wäre auch das aufregende Plakat von Erich Constein nicht zu verwirklichen gewesen.

Wenn ich denke, wie Sie, sehr geehrter Herr Oberlandeskirchenrat Becker, in Vertretung des Herrn Landesbischofs heute mit Bescheidenheit und Würde für die Landeskirche gesprochen haben, so bin ich für Ihre Worte und Ihr Erscheinen herzlich dankbar und sage dies im Namen der beiden Initiativen, die diese Ausstellung eingerichtet haben. Ihre besondere Bindung an Hiroshima und damit an das Datum des heutigen Tages hat Sie zu uns sehr beeindruckenden Worten geführt.

Die Ausstellung hat eine längere Vorgeschichte, die ich nur ausschnittsweise berühren möchte. Sie ist unter dem Titel „Unseren tapferen Helden, Kriegs- und Kriegerdenkmäler und politische Ehrenmale. Dortmunder Beispiele“ im Museum für Kunst- und Kulturgeschichte Dortmund gezeigt und von diesem eingerichtet worden. Initiator der Ausstellung und unser Leihgeber ist Prof. Dr. Jürgen Zänker, der am Fachbereich Design der Fachhochschule Dortmund als Kunsthistoriker tätig ist. Ihm haben wir herzlich für die Überlassung der 45 Bildtafeln zu danken, von denen fast die Hälfte hier ausgestellt ist.

Meine Damen und Herren, es waren die Bekanntgaben der Bundesregierung im Herbst 1987, sie wolle im Jahre 1989 das 40-jährige Jubiläum der Gründung der Bundesrepublik mit Millionenaufwand feiern, die die Friedensinitiative in der Braunschweiger



Christian von Heusinger

Landeskirche veranlasst hat, sich zu fragen, wie diese Ungeheuerlichkeit im öffentlichen Raum pariert werden könne. Wir waren uns bewusst, dass es im Jahr der 50. Wiederkehr des Angriffs auf Polen und damit des Beginns des Zweiten Weltkriegs durch die Deutschen mehr als nur eine Geschmacklosigkeit ist, wenn sich die Bundesrepublik satt selbst feiern würde. Da bot sich die wegen ihres Plakates heftig umstrittene Dortmunder Ausstellung als Stein des Anstoßes und der Termin der Eröffnung: der Hiroshima-Tag 1989.

Kein ernstes Wort kann dem Anspruch, der sich auf diesem Datum gründet, gerecht werden. Unsere Sprache, aber auch unsere psychische und physische Kraft versagen, wenn es gilt, wieder und wieder das so Schreckliche auszusprechen. Und doch: Verschweigen wir die Erinnerung an den Massenmord von Hiroshima, den Truman befahl, ein Bürokrat, der seines Erfolges doppelt sicher sein wollte, und der von einer verbrecherischen militärischen Befehlskette bis zum Piloten des Bombers hinab durchgeführt wurde, verschweigen wir die Erinnerung daran und welche Mechanismen und Denkvorstellungen, welche Irreführungen und Verblendungen zu ihm geführt haben, wir könnten keine Vergebung erbitten und erhoffen.

Wir, sagte ich; denn wir sind es alle, die die Vorstellung vom Massenmord, der Atomkrieg ja ist, der Krieg überhaupt ist, nicht aus dem Denken und Handeln unserer Zeit entfernen konnten und deshalb allemal schuldig bleiben. Ich brauche Sie nicht daran zu erinnern, dass Massenmord noch immer die militärische Doktrin in Ost und West ist: Militärs haben noch nie etwas vom Frieden verstanden. Den Beweis für die Behauptung führe ich mit dem Hinweis auf „Wintex 89“, jenes berüchtigte Szenarium eines Atomkriegs, von dem sich sogar der Bundeskanzler mit Grausen abgewandt haben soll. Eine kalte Bürokratie spielt bis hinab in die Gemeinden und Bezirke mitten im Frieden Massenmord. Nur, am Ende der Kette galt es nur, die Telefonverbindung zu bestätigen. Das Szenarium blieb unten verborgen. Diesmal noch, denke ich. Das nächste Mal nicht mehr. Gehorsam ohne Nachfrage, nicht nur im militärischen, sondern auch im zivilen Bereich, bedingungslose Anerkenntnis einer anonymisierten Befehlskette, das sollte die Verantwortung des Einzelnen für das Ganze in Zukunft verhindern. Wer ist es, muss man fragen, der die Lunte legt? Wer schreit: Hurrah! Bei jedem Treffer? Immer der, den es nicht trifft.

Die Pappkameraden auf dem Schießübungsgelände, die Attrappen der feindlichen Panzer – welche Kleidung tragen sie wohl, welche Form haben sie? Wer ist der Feind für den Flugerkenndienst? Merken Sie, meine Damen und Herren, was Erziehung macht?

Wer verleiht dem Wahnsinn Methode? Gemach! Es gibt da noch ein anderes Rad, das in diesem Getriebe mit großen Schaufeln baggert. Es gibt in unseren westlichen Republiken immer noch jene unbelehrbaren Mehrheiten, die unsere Steuergelder durch Handaufheben für die Vorbereitung unserer eigenen Vernichtung ausgeben. Vor 10 Tagen im USA-Kongress und Repräsentantenhaus mit der Billigung jenes Atombomberprogramms, mit dem die Atomraketen, die jetzt ausgemustert sind, ersetzt werden sollen. Abrüstung nennt man das. Und vor einigen Monaten der deutsche Bundestag, der das Jäger-90-Programm bewilligt hat, jenen fetten Auftrag, um dessentwillen wir die größte Fusion im Industriebereich der Nachkriegszeit erleben werden, die zwischen Mercedes-Benz und Messerschmidt-Bölkow-Blohm. Die Bundesregierung steht Pate. In der Wochenzeitung „Die Zeit“ der vorigen Woche hat sich der schon vor Jahren abgetretene Bundeskanzler Schmidt für diese Fusion stark gemacht und uns, die wir dagegen sind, als Leute aus Krähwinkel bezeichnet, denn, so wörtlich, „eine militärisch-industrielle Vorherrschaft über die deutsche Volkswirtschaft und Politik (durch Mercedes-Benz-MBB) ist eine abwegige, bloß ideologisch gespeiste Zwangsvorstellung“. ...

Und all dies müssen wir ertragen angesichts des bevorstehenden 50. Jahrestages des deutschen Überfalls auf Polen und damit des Beginns des Zweiten Weltkriegs, der Zerstörung Europas. Und das nennt die Bundesregierung „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen!“

„Helden – Mörder – Opfer“ ist der aus mancherlei Diskussionen hervorgegangene Titel unserer Braunschweiger Ausstellung. Sie zeigt, wie man „danach“ mit den Opfern umgegangen ist. Mit den toten Opfern; von den Kriegsoffizieren, die noch leben, sei hier nicht gehandelt. Von den toten Opfern sprechen wir. Ihnen hat man auf Vorschlag Bayerns seit 1922 einen Volkstrauertag gewidmet, der in der Nazizeit zum Heldengedenktag umgemünzt und in den März verlegt worden ist, die Frühlingszeit. Seit 1950 wird er wieder als Volkstrauertag gefeiert, einen Sonntag vor dem Totensonntag, den man in der christlichen Kirche am letzten Sonntag des Kirchenjahres, also dem vor dem 1. Advent, feiert. Der Volkstrauertag ist also ein Staatsgedenktag und wird auch so begangen. Heute gedenkt man der „Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft“.

Was geschieht da? Die Kranzniederlegung ist ein alter Ritus aus dem griechischen Totenkult. Der Opferkult selbst ist wie der Begriff des Opfers heidnisch. Die Kriegsoffer werden auf dem imaginären Altar von Freiheit, Vaterland und Ehre dargebracht oder direkt dem Vaterland und der Ehre, wie viele Aufschriften auf Kriegerdenkmälern lehren. Aber von wem? Wer opfert die Soldaten? Wer die Bombentoten oder die Mär-

tyrer der Gewaltherrschaft? Sie wurden geopfert, von ihren Generälen, von Hitler und seinen Gefolgsleuten, einstmals von ihren Königen und Kaisern: Es sind nicht Opfer, es sind Geopferte! Die richtige Grammatik legt die richtige Kausalität offen, erleichtert den Blick in die Geschichte. Der heidnische Altar ist längst durch den christlichen Altar ersetzt, das Menschenopfer durch den Tod Christi ein für allemal aus der Welt geschafft. Sein Tod ist – in unserem protestantischen Verständnis – nur noch in der Erinnerung lebendig. Der Mensch ist kein Opferpriester und der Staat schon gar nicht. Wir, die Bürger dieses Landes, sind der Staat.

Es gibt Leute, auch Politiker, die sprechen von unserem „Staat“, als sei dies ein Abstraktum, ein Absolutum. Als ginge dieser Staat über alles. Leute mit einem solchen Staatsbegriff gehen dann auch über Leichen. Einem solchen „Staat“ kommt es auf ein Opfer gar nicht an, auch wenn es eine Geisel ist. Im Kriege wird es dann zum „Schlachten“. Mit einem weiblichen Artikel, als Sachbegriff wird es dann auch Kindern beigebracht. Wer davon etwas erahnen will, begeben sich in das Einmarschgebiet der deutschen Truppen in Belgien und Nordfrankreich: Um jede Ecke winkt eine Tafel: Zum Heldenfriedhof.

Abraham, der im vorausseilenden Gehorsam Gott seinen eigenen Sohn opfern wollte, fiel dieser Gott in den Arm, als er seinen Sohn ermorden wollte. In der mittelalterlichen Typologie ist das Abrahamsopfer eine Präfiguration zu Christi Kreuzestod.

Daran musste ich erinnern. Nur aus so grundsätzlichen Glaubenseinsichten bezieht die Friedensinitiative in der Braunschweiger Landeskirche ihre beharrliche Kraft. Sie ist auch als Mahnerin hervorgetreten: Im konsequenten Weiterdenken von Carl Friedrich von Weizsäckers Forderung, „den Krieg als Institution abzuschaffen“, die er auch in seinem Vortrag in der St.-Pauli-Kirche in Braunschweig am 27. Januar 1986 erhoben hat, haben Mitglieder der Braunschweiger Friedensgruppen ihrerseits die Forderung erhoben, dass die protestantische Kirche die „Lehre vom Gerechten Krieg“ endlich als Irrlehre erkennen und sie – wie die Todesstrafe – nicht mehr als legitime Teile ihrer Weltverantwortung betrachten möge. Diese Forderung sei hier mit allem Nachdruck wiederholt. Wir können in christlicher Verantwortung so lange nicht ehrlich über Mörder und Ermordete, Anstifter und Geopferte sprechen, solange jeder Krieg zum Gerechten Krieg erklärt werden kann. Krieg bedarf immer noch der Begründung: „Ab fünf Uhr morgens wird jetzt zurückgeschossen“. Der Angriff wurde inszeniert, damit der Zweite Weltkrieg als Verteidigungskrieg legitimiert werden konnte. Wenn nicht das Ökumenische Konzil, so sollte doch die Evangelische Kirche die Konsequenzen aus

dem uns angedrohten Massenmord im sogenannten Verteidigungsfall endlich ziehen und – wie im Fall der Todesstrafe – die nicht mehr haltbare Position aus dem Kapitel XIII des Corpus Augustanum aufgeben.

Gleichwohl – haben die Institutionen, denen wir vertrauen, nicht die Kraft, das Notwendige zu tun – und die Evangelische Kirche hat sie nicht, wie die Kammer für öffentliche Verantwortung im Namen der EKD gerade jetzt wieder festgestellt hat – so sind wir als Christen, sind wir als Menschen der Aufgabe nicht enthoben, uns im Zweifelsfalle zu entscheiden, trotz der schier ins Unermessliche gesteigerten Verantwortung und Verantwortlichkeit. Verantwortung möchte ich als christlichen und ethischen, Verantwortlichkeit als politischen Aspekt unseres Handelns bezeichnen.

Wenn in dieser Ausstellung mit Mitteln aus sehr verschiedenen Disziplinen Erkenntnisse vermittelt werden, die das Sprachverhalten des Beschauers zu treffen, sein normiertes Denkvermögen aufzubrechen und seine Begrifflichkeit zu korrigieren vermögen, dann ist schon etwas gewonnen. Vielleicht beginnt der Betrachter die Manipulationen zu durchschauen, Embleme, architektonische Formen, ganze Kriegerdenkmalsanlagen auf ihren Inhalt zu prüfen, beginnt vielleicht, Behauptungen von Tatsachen zu unterscheiden.

Der Braunschweiger Teil der Ausstellung hat die Fragestellungen des Dortmunder Teils erweitert und verschärft. Während die Konzeption des Dortmunder Teils die historische Entwicklung der Kriegerdenkmale seit dem Krieg 1870/71 beleuchtet hat, sind für den Braunschweiger Teil inhaltliche Aspekte maßgebend geworden. Von einer knappen Erläuterung der Grundformen der Denkmäler, Obelisk, Findling, Heiliger Hain, Grabmal, über die Verwendung bestimmter emblematischer Formen und Figuren, wie der des Löwen, des Adlers etc. zur kritischen Erörterung der Beschriftungen der Denk-



Plakat der Ausstellung „Helden – Mörder – Opfer“

mäler führt ein konsequenter Weg. Tafeln mit Hinweisen auf die Verhältnismäßigkeit der Denkmäler und Gedenktafeln sind besonders aufschlussreich für das öffentliche Gewissen, das sich in den Denkmälern darstellt. Dass für die umgebrachten Neugeborenen auf dem kleinen Friedhof an der Hochstraße in Braunschweig bisher jeder Hinweis fehlt, wirkt im Lichte der Geschichtsverdrängung unserer Tage besonders makaber.

Der Braunschweiger Teil ist in seiner Konzeption in einem größeren Kreis entstanden, dem dankenswerterweise OStR Reinhard Bein seine gründlichen Kenntnisse und Erfahrungen auf diesem Gebiet zur Verfügung gestellt hat. Ausgearbeitet ist er aber von Hartmut Kägeler-Evers und Elsa Bloss, die zusammen mit Reinhard Zabel auch die wichtigsten Teile der Organisation der Ausstellung übernommen haben. Als Hauptverantwortliche für die Tätigkeit und das Wirken des Friedenszentrums Braunschweig haben sie die Hauptlast der Vorbereitungen in Braunschweig getragen und die begleitenden Veranstaltungen initiiert. Auf ihre Idee geht auch die glückliche Bereicherung der Ausstellung um eine Reihe beeindruckender Kunstwerke zurück, in denen Braunschweiger Künstler sich zum Thema äußern. Man erfährt in der Ausstellung, wie Kunstwerke um ein Vielfaches die Neugierde zu steigern vermögen, wie sie eine Sache zu verlebendigen vermögen. Ebenso werden die von Hartmut Bolte aus seiner eigenen Sammlung zusammengestellten Briefmarken, Feldpost etc. ihre Wirkung nicht verfehlen. So ist es gewesen.

Der umfangreiche Braunschweiger Teil hätte ohne die graphische Gestaltung durch Corinna Senfleben nicht zu der Form gefunden, in der wir sie Ihnen, meine Damen und Herren, präsentieren können.

Lassen Sie mich hier anmerken, dass die vielseitige Wirksamkeit des Friedenszentrums schon jetzt, nach nur einem Jahr intensiver Arbeit, aus dem kulturellen, aus dem kulturpolitischen Leben der Stadt kaum wegzudenken ist. Ich sage dies an die Adresse von Rat und Verwaltung der Stadt Braunschweig, unter denen es Kräfte gibt, die den Wiederaufbau des Braunschweiger Schlosses betreiben, jenes absurde Projekt einer Geschichtsfälschung in Millionenwerten. Zu gleicher Zeit werden der Stadtbibliothek die Mittel soweit gekürzt, dass dort von der sechsbändigen Geschichte der Kriegerdenkmäler in Deutschland von Meinhold Lurz nur der 1. Band beschafft werden konnte. Die Verwirklichung der anderen Geschichtsfälschung, des Wiederaufbaus der Alten Waage, ist nicht aus politischer Einsicht, sondern durch ein Gericht gestoppt worden. Ich sage dies, weil hier dieselben Kräfte am Werk sind, die wieder und wieder das Geschehene, den verlorenen Zweiten Weltkrieg, den wir angezettelt haben, vergessen ma-

chen wollen, deren Geschichtsbewusstsein die nationalsozialistische Schreckensherrschaft negiert und als nationalen Unfall einstufen will. Diese Uneinsichtigkeit nimmt den Geopferten nun auch noch die Würde ihres Todes. Schutt, Asche und Verwesung in dieser Stadt sollen unter falschen Fassaden versteckt werden.

Es sollte in dieser Stadt also die Kraft vorhanden sein, nicht nur solchen Geschichtsmanipulationen ein schnelles Ende zu bereiten, sondern auch kritische Einrichtungen wie das Friedenszentrum als kommunale Aufgabe zu betrachten. Der Stachel im Fleische eines sich selbstgefällig als Friedensmacht definierenden Militärs soll das Gedächtnis an 50 Millionen Tote allein aus dem Zweiten Weltkrieg wach halten.

Der Tod ist, denke ich, kein Zustand, sondern eine Qualität. Das ist der Grund, weshalb wir die Toten ehren, der Grund auch für diese Ausstellung. Sie soll auf das Ungleichgewicht zwischen der öffentlichen Ehrung der Kriegstoten, an die erinnert werden soll, und der Toten, deren Gedächtnis womöglich nicht im öffentlichen Interesse liegt, hinweisen. Sie soll auch bewusst machen, dass Kriege vorbereitet und geführt werden, dass Soldaten, Frauen, Kinder, Land und Leute geopfert werden.

Der Frieden ist, denke ich, wie der Tod kein Zustand, sondern eine Qualität. Dies ist auch das Friedensverständnis der Initiativen, für die ich heute sprechen durfte.



1989: Litfaßsäule mit Ausstellungsplakaten in der Braunschweiger Innenstadt



Bettina Henze im Jahr 1991

ALS ABM IM FRIEDENSZENTRUM: BETTINA HENZE

Vom Juni 1990 bis zum Juni 1992 habe ich als ABM-Kraft für das Friedenszentrum gearbeitet. In diese Zeit wichtiger welt-politischer Veränderungen fielen die deutsche Wiedervereinigung (3.10.1990), die Gespräche für den Zwei-plus-Vier-Vertrag (Mai bis September 1990), der zweite Golfkrieg, dessen Auftakt die irakische Invasion in Kuwait bildete (2.8.1990), und der anschließende Luftkrieg der Amerikaner gegen Irak (17.1.1991), sowie die Auflösung der Sowjetunion (26.12.1991). Unsere Schwerpunktthemen in dieser Zeit bezogen sich direkt oder im weiteren Sinne auf einige dieser Themenfelder.

Während der Besetzung Kuwaits rückte das Thema Irak immer mehr in den Mittelpunkt. Wiederholte Resolutionen des VN-Sicherheitsrates forderten den Irak auf, seine Truppen abzuziehen, während die Führung des Landes taktierte und die USA von Beginn an auf eine militärische Lösung setzten. Nachdem im Dezember Rückzugsangebote seitens des Irak, die an verschiedene Bedingungen geknüpft waren, von den USA abgelehnt worden waren, spitzte sich die Lage zu und ein Krieg stand bevor. Am 12. Januar 1991 beschloss der Kongress der USA, die Iraker unter Anwendung militärischer Gewalt aus Kuwait zu vertreiben und die USA starteten am 17. Januar die „Operation Desert Storm“, wie sie den Luftkrieg gegen Irak nannten.

Als der Krieg begann und in ganz Europa dagegen protestiert wurde, sahen wir es als unsere vordringliche Aufgabe an, uns an den Protesten zu beteiligen und unsere Möglichkeiten für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. Am 12.1.91 fand die erste Braunschweiger Anti-Golfkriegs-Demonstration „Fünf vor Zwölf“ unter Mitwirkung des Friedenszentrums statt. Von da an gab es jeden Tag Mahnwachen auf dem Kohlmarkt, ab 24.1. sogar jeden Donnerstag eine Demonstration. Das Friedenszentrumsbüro hatte ganztäglich geöffnet. Dort trafen sich diverse Menschen und Gruppen, um Protestaktionen und Gegeninformationsveranstaltungen zu planen. Wir hatten im Herbst 1990 schon Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen zur Kriegsgefahr im Irak organisiert, unter anderem mit Andreas Zumach, dem internationalen Korrespondenten der taz bei den VN in Genf und mit Professor Gilbert Ziebura, Politikwissenschaftler an der TU Braunschweig. Jetzt überlegten wir, dass Veranstaltungen dort stattfinden müssten, wo die Leute sind, und so kam die Idee zustande, Aktionswochen gegen den Krieg im Irak in einem Friedenszelt auf dem Kohlmarkt durchzuführen, was zusammen mit der DGB-Jugend geplant wurde. Vier Wochen fanden dort Diskussionsveranstaltungen mit diversen Referenten, Lesungen, Kunstaktionen und Andachten statt.

Gleichzeitig arbeiteten wir an einem anderen Themenbereich. Im Januar 1991 sahen wir im Friedenszentrum einen Diavortrag über die Situation der Kinder von Tschernobyl. Fünf Jahre nach dem Reaktorunfall vom

26.4.1986 hatte sich an ihrer verheerenden Situation nichts geändert. Die Auflösungserscheinungen der Sowjetunion und die damit verbundene schlechte finanzielle Lage ließ viele Betroffene nahezu ohne Unterstützung zurück. Wir setzten uns zum Ziel, weiter an diesem Thema zu arbeiten. Im März hatten wir die Journalistin Ljubowa Kowalewskaja zu Gast, im Mai organisierten wir eine Informationsveranstaltung "Tschernobyl und die Folgen" mit Wladimir Tschernosenko, dem ukrainischen Atomphysiker, der als leitender Ingenieur die Liquidationsarbeiten in Tschernobyl überwacht hatte und seitdem schwer strahlenkrank war. (Tschernosenko ist übrigens Ende der 90er Jahre an Krebs gestorben.) Im Juni 1991 holten wir die Ausstellung „Kinderleben nach Tschernobyl“ nach Braunschweig, wo sie im Rathaus der Stadt gezeigt wurde. Die beiden jungen Ukrainer, die mit der Ausstellung nach Deutschland gereist waren und über die Zustände in der Ukraine berichteten, gaben den Ausschlag für die Entscheidung: Wir wollten versuchen, einen Erholungsaufenthalt für Kinder aus Kiew zu organisieren, die von der Reaktorkatastrophe betroffen waren.

In dem nun folgenden Jahr war ich hauptsächlich mit dieser Aufgabe beschäftigt. Die größte Schwierigkeit: Wir mussten rund 40.000 DM an Spenden aufreiben, um einen vierwöchigen Aufenthalt von 46 strahlengeschädigten Kindern und vier Betreuern finanzieren zu können. Hauptsächlich zusammen mit Sigrid Maschke, die als Ehrenamtliche unheimlich viel Arbeit in dieses Projekt gesteckt hat, schrieben wir an mögliche und unmögliche Spender, sprachen persönlich vor, organisierten ein Benefizkonzert mit „Blues Power“ und „Clever & Smart“ und loteten aus, welche öffentlichen Mittel es geben könnte, bis wir das Geld zusammen hatten. Wir machten außerdem jede Menge Pressearbeit, korrespondierten mit Reisebüros und Busunternehmen wegen des Transports, suchten einen Ort für Unterbringung und Betreuung der Kinder, helfende Praktikantinnen und potentielle Gasteltern, mit denen wir Vorbereitungsveranstaltungen durchführten, organisierten einen Russischkurs, stellten ein Freizeitprogramm zusammen usw. Schließlich stellten wir fest, dass wir nicht ohne eine vorbereitende Reise in die Ukraine auskommen würden, und flogen im Februar 1992 zusammen mit Axel Becker-Zöllner von der Naturfreundejugend (die wir inzwischen ins Boot geholt hatten) und Halina Zahoriansky vom Büro des Rates (die für uns übersetzte) nach Kiew. Der Besuch der Kinder aus Kiew erfolgte vom 15.05.-13.06.1992. Kurz darauf war meine Arbeit für das Friedenszentrum leider beendet. Die Kinderferienaufenthalte mit Kindern aus Kiew haben anschließend noch knappe zehn Jahre stattgefunden, allerdings nicht mehr unter der Trägerschaft des Friedenszentrums.

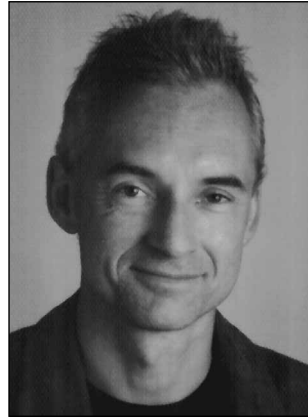
An meiner Arbeit hat mir sehr gut gefallen, dass ich eigentlich immer freie Hand hatte, meine Ideen zu verwirklichen, außerdem die Zusammenarbeit mit vielen Leuten aus anderen Organisationen wie IPPNW, DGB-Jugend, Naturfreundejugend, Falken, AG Schacht Konrad, BUND, um nur einige zu nennen. Und es war unglaublich spannend.

Übrigens: Eine Kopie der „Traurigen Prinzessin“ aus der Ausstellung „Kinderleben nach Tschernobyl“ hängt noch heute bei mir zu Hause.

ALS ABM IM FRIEDENSZENTRUM: ANDREAS SCHATTKA

Gern erinnere ich mich an die zweijährige Tätigkeit im Friedenszentrum von 1994 bis 1996. In dieser Zeit konnte ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter Erfahrungen in der Öffentlichkeitsarbeit, bei der Vorbereitung von Ausstellungen und zum Thema Frieden sammeln.

In guter Erinnerung ist mir die Begleitung der Ausstellung über den Krieg im ehemaligen Jugoslawien geblieben. Diese Ausstellung hat in der Braunschweiger Öffentlichkeit heftige Reaktionen und kontroverse Diskussionen ausgelöst.



Andreas Schattka

Die intensive Mitarbeit an der Herausgabe der Bücher über „Braunschweig im Bombenkrieg“, in der viele ehemalige Zeitzeugen zu Wort gekommen sind, ist mir auch in bleibender Erinnerung geblieben. Sie hat mir einen anderen Blick für Braunschweig vor und nach dem verheerenden Zweiten Weltkrieg vermittelt.

In diesem Zusammenhang kam ich immer wieder mit dem Thema Massenvernichtungswaffen in Berührung, das wir in verschiedenen Veranstaltungen und Ausstellungen in die Braunschweiger Öffentlichkeit getragen haben.

In dieser zweijährigen Tätigkeit reifte bei mir die Einsicht, dass Konflikte möglichst gewaltfrei ausgetragen werden sollten. Zumal alles andere neben Leid und Elend aufgrund vorhandener Massenvernichtungswaffen zur vollständigen Auslöschung allen Lebens auf diesem Planeten führen kann.

Ich wünsche dem Friedenszentrum auch weiterhin viel Erfolg bei seiner Arbeit rund um das Thema Frieden und hoffe, dass die mahnenden Worte seiner überwiegend ehrenamtlich tätigen Mitglieder auch weiterhin weit über Braunschweig hinaus Gehör finden werden.

Herzlichst
Andreas Schattka

Martina Staats, M.A.

Die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ in Braunschweig

Vom 11. November bis zum 19. Dezember 1999 sollte die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ in Braunschweig in der Berufsbildenden Schule II gezeigt werden. Die Eröffnung am 10. November 1999 war durch den damaligen Oberbürgermeister Werner Steffens vorgesehen, gefolgt von unter anderem einem Einführungsvortrag des Freiburger Militärhistorikers Manfred Messerschmidt.

Nachdem in der Ausstellung schon seit längerem Fehler nachgewiesen worden waren, zog das Hamburger Institut für Sozialforschung die Ausstellung zwecks Überarbeitung überraschend zurück; dieses wurde am 8. November 1999 bekannt gegeben, so dass die Ausstellung in Braunschweig nicht mehr gezeigt werden konnte.

Nach einem mehrjährigen Diskussionsprozess war am 13. Juli 1999 im Rat der Stadt Braunschweig die endgültige Entscheidung gefallen, die Ausstellung „Vernichtungskrieg“ in Braunschweig zu zeigen. Als lokaler Veranstalter fungierte die Stadt Braunschweig, während das Friedenszentrum e. V. den Auftrag zur Erarbeitung und Koordination eines Begleitprogrammes erhielt.

Ich wurde mit der Konzeption, Erstellung und Koordination eines begleitenden Kulturprogramms beauftragt, ebenso wie mit dem Aufbau und der Leitung des Ausstellungsbüros sowie der Auswahl, Schulung und Führungskoordination der so genannten Ausstellungsguides.

Bei einem Besuch der Ausstellung in Osnabrück und während drei Wochenendseminaren mit historischer und didaktischer Schulung wurden die vorgesehenen 40 Guides auf ihre Tätigkeit vorbereitet. Hierbei wurde auch der Umgang mit den bereits bekannten Fehlern in der Ausstellung thematisiert.

Die Ankündigung, die so genannte Wehrmachtsausstellung in Braunschweig zu zeigen, löste vielfache Diskussionen aus. Die unter Historikern seit langem bekannte Tatsache, dass auch Einheiten der Deutschen Wehrmacht während des Zweiten Weltkrieges am Genozid beteiligt waren, wurde von einigen Braunschweigern als Tabubruch empfunden und löste heftige Abwehrreaktionen, die in Gewaltandrohungen gipfelten, aus.

Daher war das Ziel des umfangreichen, auf hohem Niveau angesiedelten begleitenden Programms zur Ausstellung, diese kontrovers geführten Diskussionen in einen verständnisvollen Dialog zwischen den Generationen zu wandeln. Hierfür wurde die Zu-

sammenarbeit und Beteiligung mit zahlreichen Einrichtungen, Gruppen und Initiativen gesucht, aus welcher ein vielfältiges Programm resultierte: Neben historischen Vorträgen und Fachdiskussionen waren zahlreiche Lesungen, Theateraufführungen, Filmvorführungen und Zeitzeugengespräche geplant. Den Besuchern sollten Impulse zu einer persönlichen Erinnerungsarbeit gegeben werden: die Möglichkeit, sich aktiv mit ihrer eigenen Geschichte auseinanderzusetzen.

Nach der kurzfristigen Absage der Ausstellung zwei Tage vor der Eröffnungsveranstaltung wurde die Zusage der Stadt Braunschweig, Veranstaltungen des Begleitprogramms zu finanzieren, am 9. November vom Verwaltungsausschuss zurückgenommen; allen anderen Beteiligten wurde, mit der Begründung, die Ausstellung sei nur verschoben, empfohlen, vorerst alle Termine abzusagen.

Die überraschende Rücknahme der Ausstellung hatte den Diskussionsprozess jedoch nicht beendet, sondern sogar weiter verstärkt. Es bestand große Nachfrage in der Bevölkerung nach ergänzenden und hinterfragenden Veranstaltungen. Daher entschlossen sich viele der Beteiligten, ihre geplanten Veranstaltungen durchzuführen. Zumal auch die Finanzierung mit bereits eingeworbenen Drittmitteln und auf Spendenbasis gesichert war.

In Zusammenarbeit mit verschiedenen Veranstaltern wurde die Leitidee der Ausstellung begleitenden kulturellen Programms, den Diskussionsprozess um die Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus in einen Dialog zu wandeln, weitergeführt. Ein Höhepunkt dieses Generationendialogs fand unter Beteiligung von mehreren hundert Zuhörern in der Magni-Kirche statt: Ralph Giordano las über „Die Traditionslüge“. Auch kam es zu einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Thematik: Mit Unterstützung des Historischen Seminars der TU Braunschweig referierten u. a. die Historiker Norbert Frei und Peter Steinbach zu Fragen der Vergangenheitspolitik.

Letztlich hat die Diskussion um die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ die individuelle und öffentliche Erinnerungskultur in Braunschweig verändert. Es gelang eine intensive Auseinandersetzung mit der NS-Zeit am Beispiel der Verbrechen der Wehrmacht. Offen bleibt lediglich die damalige Zusage der Stadt, die Ausstellung nach ihrer Überarbeitung der Braunschweiger Öffentlichkeit in einem angemessenen Rahmen erneut zu präsentieren.

Ingeborg Gerlach

Wege zu einer Kultur des Friedens

Eine Vortragsreihe des Friedenszentrums in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule und dem Friedensbündnis

Der 56. Vortrag in der Reihe „Wege zu einer Kultur des Friedens“ fand Anfang Dezember 2006 statt und wurde von der früheren Bürgermeisterin Sigrid Probst bestritten, die aus ihrer „Kriegskinderzeit“ berichtete. Unterm schrägen Dach der „Alten Waage“ war es voll an diesem Abend; etwa 30 Teilnehmer, Alte und Junge, waren gekommen. Sie hörten, wie ein durch die Kriegsumstände frühzeitig wach gewordenes Kind Bombenkrieg, die Nachbarschaft eines Konzentrationslagers, Bedrohung durch die Nazis und schließlich den amerikanischen Einmarsch erlebte.

Knapp einen Monat vorher, Im Rahmen des Novembertermins am traditionellen dritten Montag des Monats, referierte der Palästinenser Raif Hussein, stellvertretender Vorsitzender der Palästinensischen Gemeinde in Deutschland und Politikberater des deutschen Außenministeriums, über die verfahrenere Lage im Nahen Osten. Er verlangte eine aktive deutsche und europäische Nahostpolitik, um ein Gegengewicht zu den Amerikanern und Israelis herzustellen. Mit den eigenen Leuten, den palästinensischen Arabern, ging er jedoch auch nicht sanft um: Sie benutzten den seit Jahrzehnten schwelenden Nahostkonflikt als Vorwand, um die Lösung aller anstehenden Probleme immer wieder zu verschieben. Umso dringender sei eine baldige Lösung des Konflikts.

Diese beiden Vorträge geben jedoch längst nicht die ganze Bandbreite unserer Vortragsreihen wieder. Sie wurde konzipiert, um dem allgegenwärtigen Denken in militärischen Kategorien etwas entgegenzusetzen. Theodor Eberts Theorie des gewaltlosen Widerstands war der Ausgangspunkt, der im Zeitalter eines George W. Bush ungeahnte Aktualität gewonnen hat. Aber man kann auch auf die ökonomische Seite blicken: Wenn heute der Wettbewerb als das A und O unserer Gesellschaft beschrieben wird, dann wird dabei leicht übersehen, dass es neben den Gewinnern (die alles nehmen) auch immer die Verlierer gibt, von denen schon die Römer wussten, dass sie nichts zu lachen haben. Es weht ein agonaler Wind durch unser Zeitalter, der auch den Frieden zum Kampffeld macht. Gesellschaftskritische Themen gehören daher auch ins Spektrum dieser Reihe.

Die Reihe hat ihr Publikum gefunden, aber es sind keinesfalls nur die Mitglieder der Friedensbewegung, die beim Blick vom Speicher der „Alten Waage“ über die Dächer

von Braunschweig die Gelegenheit wahrnehmen, sich über Bereiche zu informieren, die in der Tagespresse nicht oder nicht so auftauchen, und die sich auch an der meist lebhaften Diskussion beteiligen. Für manches Thema wünschte man sich ein breiteres Publikum, und ärgert sich über die durchgängige Praxis der „Braunschweiger Zeitung“, politische Themen nur kurz anzukündigen und nicht zu besprechen.

Fürchtet man, das Publikum könnte andere Ansichten entwickeln als die von der Zeitung verbreiteten durch und durch apolitischen Meinungen? Die Reihe „Wege zu einer Kultur des Friedens“, die weiter fortgesetzt wird, leistet jedenfalls ihren Beitrag zur politischen Bildung der Braunschweiger Bürger.

Hinweis:

Auf Seite 64ff. finden Sie eine Liste aller bisher durchgeführten Vorträge in dieser Veranstaltungsreihe.



Vortragsreihe „Wege zu einer Kultur des Friedens“ in der Alten Waage. Lühr Henken referierte über die Korvette „Braunschweig“.

Ingeborg Gerlach

Globalisierung kontrovers – Zur Situation in den neunziger Jahren

Wer Anfang der neunziger Jahre nach dem Kollaps des Ostblocks auf eine Friedensdividende gehofft hatte, sah sich bitter enttäuscht. Nicht nur „neue Kriege“ (Münkler) erschütterten die Weltgemeinschaft, sondern auch Krisen im wirtschaftlichen Sektor, die zum Teil bis heute fort dauern. Zum einen sind es durch Währungsspekulationen verursachte Krisen, von denen die Asienkrise die spektakulärste ist. Zum anderen zeichnete sich, verursacht durch steigenden Ölverbrauch, eine Phase zunehmender Kriegsgefahr ab. Darauf reagiert auch die Bundesrepublik mit militärischen Einsätzen. Laut NATO-Doktrin gehört die sichere Versorgung mit Öl zu den essenziellen Aufgaben des Bündnisses.

1. Finanzkrisen

Eigentlich hatten die Initiatoren der Globalisierung versprochen, dass die offenen Märkte durch wirtschaftliches Wachstum die Lebensbedingungen aller Menschen verbessern würden. Sie verwiesen auf die Integration Europas, die dem ganzen Kontinent Frieden und Wohlstand gebracht habe.

Doch die enormen Chancen der Globalisierung drohten verloren zu gehen durch die ungleiche Verteilung der erwirtschafteten Reichtümer. Statt steigendem Wohlstand für alle öffnete sich die Schere nicht nur zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsstaaten, sondern auch innerhalb der einzelnen Staaten immer weiter. Arbeitslosigkeit oder prekäre Lohnverhältnisse erfassten Millionen Menschen auf allen Kontinenten. Während durch die Öffnung der Märkte der grenzüberschreitende Handel eine schwunghafte Entwicklung nahm (die 15 größten Industrieunternehmen kontrollieren mehr als die 60 ärmsten Staaten der Welt), stieg das weltweite wirtschaftliche Pro-Kopf-Einkommen immer langsamer: Waren es zwischen 1960 und 1980 noch 83 % gewesen, so sank der Zuwachs in den Jahren bis 2000 auf 33 %. Die Entwicklungsländer traf es am härtesten: In Schwarzafrika sank die Wirtschaftsleistung sogar um 15 %.

Die mangelnde Investitionsneigung der Industrie führte zu immer größeren Mengen an überschüssigen Geldern, die für Währungs- und andere Spekulationen verwendet wurden. Damals wie heute umkreisen riesige Geldströme den Globus (inzwischen 1,2 Mrd. pro Tag), von denen nur 15 % für wirtschaftliche Investitionen bestimmt sind;

der Rest floatet frei auf der Suche nach spekulativen Gewinnen. Oft werden diese Gelder nur kurzfristig für einige Tage und Stunden angelegt und bilden damit eine Gefahr für das ganze verflochtene Finanz- und Wirtschaftssystem.

Seit den achtziger Jahren erschüttern tiefgreifende Währungs- und Wirtschaftskrisen die Welt: zuerst, 1982, in Mexiko, dann Brasilien, dann die Asienkrise 1997/98, im Anschluss daran die Russlandkrise, 2000 die der Türkei, 2001 Argentinien.

Diese Krisen bewirkten, dass Millionen Menschen sowohl ihre Arbeitsplätze wie auch ihre Ersparnisse verloren; sie standen praktisch vor dem Nichts, und die Regierungen, die auf Druck des Internationalen Währungsfonds (IWF) sparen mussten, verweigerten ihnen jede Hilfe.

Es kam zu Aufständen und Unruhen. Die Ausgaben für Polizei, Militär und sonstige Sicherheitskräfte mussten überall drastisch erhöht werden. Diejenigen Länder, die „Schwellenländer“ auf dem Sprung zur Industrialisierung gewesen waren, fielen um Jahrzehnte zurück. Ein besonders hart betroffenes Land wie Indonesien beklagt sogar einen Rückfall in seiner wirtschaftlichen Entwicklung um drei Jahrzehnte. In allen diesen Krisen stand der Internationale Währungsfonds (IWF) durch seine harten und kontraproduktiven Sanierungsmethoden im Mittelpunkt.

Der IWF und die Weltbank waren 1944 auf der Konferenz von Bretton Woods gegründet worden, um künftig wirtschaftliche Fehlentwicklungen wie die Weltwirtschaftskrise von 1929 zu verhindern. Man einigte sich auf ein System des beschränkten Kapitalverkehrs und fester Wechselkurse mit dem Dollar als Leitwährung, der seinerseits an eine Golddeckung gebunden war. Der IWF sollte in Krisensituationen mit Krediten helfen.

In den folgenden 25 Jahren erlebten die westlichen Industriestaaten einen beispiellosen Wirtschaftsaufschwung mit durchschnittlich 4 % Zuwachs. Diese Prosperitätsphase nahm ein Ende, als die US-Regierung 1971 als Folge des Vietnam-Krieges die Golddeckung verließ und zur Finanzierung ihrer Rüstung die Notenpresse anwarf.

Durch die Inflationierung der Leitwährung zerbrach 1973 das System fester Wechselkurse. Nun setzte eine Phase „freier“ Wechselkurse ein; das rasante Wachstum der Finanzmärkte begann. Um Attac zu zitieren:

Der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems machte den Weg frei für den explosiven Aufstieg eines Wirtschaftszweiges, der wie kein anderer das Schicksal der Menschheit beeinflusst: die globale Finanzindustrie. Befreit von allen Grenzkontrollen, entwickelten Banken, Versicherungen, Fondsgesellschaften sowie die Finanz-

abteilungen der transnationalen Konzerne den Handel mit Devisen und Wertpapieren zum mit Abstand umsatzstärksten Gewerbe der Welt. Das Internet war noch nicht geboren, da verfügten die Akteure an den Finanzmärkten schon längst über eine weltumspannende elektronische Vernetzung, einen Cyberspace der Weltfinanz, wo im Sekundentakt Vermögen in Milliardenhöhe aus einem Währungsraum in den anderen, von einer Anlageform in die nächste verschoben werden.

Langfristige gegen kurzfristige Schulden, Dollar-Bonds gegen Euro-Anleihen, niedrig verzinste Yen-Kredite gegen Dollar oder auch Wetten auf den Kurs des koreanischen Won: Jede nur denkbare Transaktion ist möglich und wird - Gewinnchancen vorausgesetzt - auch getätigt. Der Markt ist börsentäglich 24 Stunden in Betrieb. Von Tokio und Hongkong über Frankfurt und London nach New York und Chicago zieht das Spiel mit den Werten jeden Tag einmal rund um den Planeten.

Als Gegenmittel wurde bereits in den siebziger Jahren die Tobinsteuer konzipiert, die 0,1 % oder noch weniger von den Devisentransaktionen abschöpfen soll. Bei der Kurzfristigkeit der Anlagen wäre dieser an sich geringe Betrag doch in der Lage, Sand ins Getriebe der Finanzmärkte zu streuen. Die erzielten Steuern sollten der Entwicklungshilfe zugute kommen. Obwohl die Tobinsteuer immer mehr Anhänger hat und infolge der Computertechnik praktikabel geworden ist, hat sie bis jetzt noch kein Land eingeführt.

2. Verteilungskämpfe um Öl

Der Berliner Politologe Elmar Altvater untersucht in seiner neuesten Abhandlung „Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen“ die möglichen Auswirkungen des zu Ende gehenden Ölvorrats auf unsere Gesellschaft. Seine These lautet: Der Kapitalismus der letzten 200 Jahre beruhte im Wesentlichen auf der Verfügbarkeit von fossilen Energieträgern. Ihnen verdankt das Industriezeitalter seine ungeheure Dynamik: Das jährliche Wirtschaftswachstum, das zuvor nur 0,2 % betragen hatte, beträgt seit der Industrialisierung durchschnittlich 2 %. Es herrscht Übereinstimmung zwischen der Technik, dem Markt, der Gesellschaftsordnung und dem fossilen Energieträger.

Jetzt ziehe ein neues Paradigma herauf, das des nachfossilen Zeitalters: Während Öl jederzeit und überall verfügbar war, sind alternative Energien nicht ortsunabhängig einzusetzen. Sie machen, anders als das Öl, nicht jede Konzentration und Zentralisierung ökonomischer Prozesse mit. Die Macht der jeweiligen Herrschaft konnte (auch

auf militärischem Gebiet) durch fossile Energieträger gesteigert werden; Bioenergie hingegen ist nur dezentral produzierbar und nutzbar.

Altvater sieht in dem zwangsläufig eintretenden Wechsel die Chance zu einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderung: Die fossile Energie führte zu wachsendem Wohlstand, der aber ungleich verteilt war. In diesem Zusammenhang attackiert Altvater den oben beschriebenen „kurzsichtigen und räuberischen“ Kapitalismus. Er werde, so vermutet Altvater, nicht mehr lange Bestand haben. Altvater behauptet nicht, dass dann der Kapitalismus an sein Ende kommen werde. Aber er vermutet, dass in Zukunft nicht mehr der Kapitalismus des industriellen Zeitalters herrschen werde.

Doch wenn es je zu diesem von Altvater erhofften Wechsel kommt, dann ist es noch ein weiter Weg dorthin. Mörderische Verteilungskämpfe zeichnen sich ab, wenn der Peak Oil (der Gipfel der Förderung von Öl) erreicht ist, während die Vorräte mangels Nachschub immer teurer werden.



Kriege um Öl sind bereits bittere Realität in der heutigen Welt. Teilnehmer demonstrieren am Rande des Sozialforums in Athen 2006 gegen den amerikanischen Einmarsch im Irak.

Ingeborg Gerlach, Frieder Schöbel

Unsere Arbeitsgruppe Gedenkpunkte

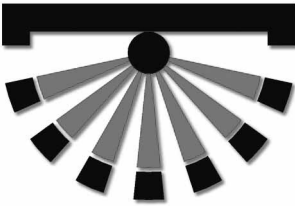
Die ersten Nachkriegsjahrzehnte waren politisch geprägt durch „Amnestie und Amnestie“ (= Straferlass und Vergessen) – so der Titel einer Untersuchung von Norbert Frei, die sich mit der Vergangenheitspolitik der Ära Adenauer befasst. In Braunschweig dauerte es noch länger; es bedurfte der Tätigkeit vieler Privatpersonen und Initiativen, bevor die verdrängte NS-Zeit auch hier auf die Agenda kam. Erst in den neunziger Jahren erkannte man die verwahrlosten Kindergräber auf dem Friedhof an der Hochstraße als das, was sie waren, nämlich als einen Skandal. Die Stadt besann sich u. a. nach einem blamablen Artikel des „Stern“ auf ihre Aufgaben und schuf drei Gedenkstätten, darunter das Offene Archiv an der Schillstraße. Ein ambitioniertes „Gedenkstätten-Konzept“ zeugte vom Eifer, dasselbe Niveau wie Hannover oder andere vergleichbare Städte zu erlangen. Eine Arbeitsgruppe des Friedenszentrums nahm sich seit 1999 des Themas „Gedenken in Braunschweig“ an und stellte in einem eigenen Konzept 18 dringend erforderliche Gedenkpunkte zusammen.

Am Ende der Beratungen des erwähnten Gedenkstättenkonzepts im Kulturinstitut, bei denen das Friedenszentrum mitwirkte, konnten wir durchsetzen, dass unser 18-Punkte-Programm als Anhang in das Papier für den Ratsbeschluss aufgenommen wurde. Leider wurde es im neuen Jahrtausend, genauer gesagt, nach der Oberbürgermeisterwahl 2001, auf Eis gelegt, was mit Geldmangel begründet wurde.

Das Kulturinstitut musste sogar damit befasste MitarbeiterInnen entlassen und unterstützte lediglich noch das Projekt „Vernetztes Gedächtnis im Internet“. Da wir jedoch nicht bis zum Ende der Eiszeit warten wollten, machte wir uns auf eigene Faust an die Realisierung einiger vorrangiger Projekte.

Schon früher hatten wir versucht, die in Braunschweig vernachlässigte Erinnerungskultur zu beleben. Bereits anlässlich unserer Ausstellung über Carl von Ossietzky zu seinem 50. Todestag hatten wir auf die unwürdige Namensgebung einer Straße für ihn in der Kralenriede (ein nur als Hundeklo benutzter Feldweg) hingewiesen. Endlich wurde nach etwa 15 Jahren eine andere, neugebaute Straße in der Nähe nach dem unbeugsamen Friedensnobelpreisträger und Gegner der Nazis benannt. Ebenfalls verdienen unsere selbst-erarbeitete Ausstellung über Kriegerdenkmäler in und um Braunschweig „Helden – Mörder – Opfer“ 1989 (Gaußsaal des Altstadtrathauses) und die zwei Bombenkriegsausstellungen 1993 (Keller des Altstadtrathauses) und 1994 (Landesmuseum) genannt zu werden.

Gedenkort Buchhorst



*Logo des Gedenkortes
Buchhorst. Dort fanden im
Zweiten Weltkrieg Erschie-
ßungen statt.*

In der Buchhorst, am ehemaligen Schießstand von Reichwehr, Wehrmacht und Bundeswehr, an dem eine namentlich nicht bekannte Zahl von Deserteuren während des Zweiten Weltkrieges hingerichtet worden ist – wir konnten elf Erschießungen dokumentieren – erstellten Studenten der HBK unter Leitung der Professorin Petra Förster ein Ensemble aus skulpturähnlichen Steinen sowie eine Installation aus blutroten Schnüren. Im November 2003 hielten unser Mitglied Dr. Helmut Kramer und Professor Henning Freiberg vor 120 ZuhörerInnen die Eröffnungsreden, in denen sie mit der Verschleierungspraxis der Behörden nicht nur im, sondern auch nach dem Krieg scharf abrechneten: Deserteure waren Unpersonen. An sie sollte sich keiner mehr erinnern. So hatte es Adolf Hitler verordnet.

Während dieses vom Friedenszentrum initiierte Projekt durch Mittel des damals noch existierenden Kloster- und Studienfonds unterstützt wurde, mussten die beiden Gedenktafeln vor der AOK (2003) und am Ackerhof (2005) aus eigenen bzw. Spendenmitteln (u.a. vom DGB) bezahlt werden. Die in den Gehweg eingelassene Tafel vor der AOK erinnert an die Opfer der NS-Verfolgung im Frühjahr 1933; die Tafel am Ackerhof an die erste Braunschweiger Bücherverbrennung (noch vor der „offiziellen“ vom 10. Mai), die am 9./10. März 1933 nach dem Überfall auf das Volksfreundhaus stattfand.



Gedenkplatte am Volksfreundhaus. Hier fand am 9. März 1933 die erste Bücherverbrennung in Braunschweig statt.

Mit beiden Tafeln wurde eine Lücke in der Braunschweiger Erinnerungslandschaft geschlossen, aber es existieren noch viele andere.

Da der Zentrale Gedenkort in Braunschweig (Schillstraße) weitab vom Zentrum der Stadt und der schlimmsten Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg liegt, schlagen wir einen schlichten **Zentralen Gedenkpunkt Stadtmitte** auf dem bisher fast leeren Platz an der Nordseite der Andreaskirche (Eigentum der Kirche) oder auf dem Wollmarkt vor. Hier sollte Folgendes dargestellt werden:

- a) der Plan eines Rundgangs zu acht bis zehn der wichtigsten Gedenkpunkte in der Innenstadt, (Bronzetafel).
- b) Hinweise auf alle Opfergruppen des Zweiten Weltkrieges und der NS-Herrschaft in Braunschweig (Tafel) und
- c) eine auszuschreibende Skulptur. Sie solle folgenden Text einbeziehen:

IM ZWEITEN WELTKRIEG ZERSTÖRTEN ENGLISCHE
UND AMERIKANISCHE BOMBEN DIE HISTORISCHE IN-
NENSTADT FAST VOLLSTÄNDIG.
SIE TÖTETEN CA. 3000 MENSCHEN –
EINE FOLGE DES ÜBERFALLS DEUTSCHLANDS AUF
SEINE NACHBARLÄNDER.

In der schlimmsten Bombennacht am 15. Oktober 1944 erstickten etwa 100 Menschen im Luftschutzkeller Schöppenstedter Straße 31 (jetzt Gaststätte Lokanta, vgl. unsere Dokumentation „Braunschweig im Bombenkrieg“, Bd. I, S. 104f.). Vorschlag: Tafel am Haus (Eisen) oder im Fußweg (Bronze):

IM LUFTSCHUTZKELLER
SCHÖPPENSTEDTER STR. 31
ERSTICKTEN BEI EINEM BOMBENANGRIFF AM
15. OKTOBER 1944 ETWA 100 MENSCHEN.
SIE WAREN OPFER DES VON DEUTSCHEN
ENTFESSELTEN ZWEITEN WELTKRIEGES.

Im Keller der Fabrik Bremer & Brückmann, Juliusstraße 1, wurden bei einem Bombenangriff am 19.5.1944 73 polnische Zwangsarbeiterinnen getötet, weil die Kellerdecke einbrach. Wir schlagen am Neubau an der Ecke Broitzemer Str. 1 / Madamenweg eine Tafel mit folgendem Text vor:

**IM KELLER DER BLECHWARENFABRIK
BREMER & BRÜCKMANN
STARBEN BEIM BOMBENANGRIFF AM 19. MAI 1944
73 POLNISCHE ZWANGSARBEITERINNEN.
FAST DIE HÄLFTE DER LUFTKRIEGSOPFER
IN BRAUNSCHWEIG WAREN AUSLÄNDISCHE
ARBEITERINNEN UND ARBEITER.
ÖFFENTLICHE LUFTSCHUTZRÄUME DURFTEN
SIE NICHT BETRETEN.**

Am Damm 16 befand sich das beliebte Lokal Brünings Saalbau mit Luftschutzkeller. Hierhin flüchtete am 10. Februar 1944 eine große Zahl der BesucherInnen des Kinos im gleichen Haus. Sie alle wurden durch Bomben getötet (vgl. unsere Dokumentation „Braunschweig im Bombenkrieg“, Bd. I, S. 97). Für eine in den Fußweg einzulassende Bronzetafel wird folgender Text vorgeschlagen:

**BRÜNINGS SAALBAU, DAMM 16,
WURDE AM 10. FEBRUAR 1944 DURCH BOMBEN
ZERSTÖRT. IN SEINEM LUFTSCHUTZKELLER
STARBEN EINE GROSSE ANZAHL
FRAUEN UND KINDER.**

In der Münzstraße 17, heute Landgericht, tagte das berühmte ‚Sondergericht‘ und fällte u.a. 92 Todesurteile. Bisher gibt es nur eine kleine Tafel innen im 1. OG vor dem Hauptverhandlungssaal, die an die jüdischen Juristen erinnert. Vorgeschlagen wird eine Tafel außen am Haupteingang oder, mit einer Skulptur kombiniert, an der Nordseite:

IN DIESEM GEBÄUDE TAGTE VON 1933 BIS 1945
DAS NATIONALSOZIALISTISCHE
„SONDERGERICHT BRAUNSCHWEIG“.
SEINE RICHTER VERSAHEN DAS UNRECHT MIT
DEM SCHEIN DES RECHTS,
UM POLITISCHE GEGNER UND MINDERHEITEN
BRUTAL ZU UNTERDRÜCKEN UND
IN DEN MEISTEN FÄLLEN ZU ERMORDEN.
DAS SONDERGERICHT FÄLLTE 92 TODESURTEILE.

Eine Forderung des Friedenszentrums wurde inzwischen im Rahmen der Aktion „Stolpersteine“ umgesetzt: die Kennzeichnung von Orten, die an verschleppte und ermordete jüdische Mitbürger erinnern.

Nach wie vor vermissen wir eine Hinweistafel, die an das sehr große KZ-Außenlager in der Südstadt (Griegstraße, vormals Robert-Ley-Straße) erinnert. Auch an die NS-Junkerschule und das ihr angeschlossene KZ-Außenkommando die einst im Braunschweiger Schloss untergebracht waren, muss nach der Fassadenrekonstruktion erinnert werden.



Gedenkpunkt an der AOK Braunschweig, 1933 Folterstätte der SA.

Dietrich Kuessner

Wer den Krieg will, kriegt ihn auch

Rede zum Antikriegstag 2004

5.000 Braunschweiger demonstrieren am Kennedyplatz. Sie demonstrieren für den Frieden und sagen: Dieser bevorstehende Krieg ist vermeidbar. „Nieder mit dem Massenmord“, hatten sie annonciert.

In dieser ernsten Stunde fordern wir Euch auf, in Massen in dieser Versammlung zu erscheinen, um auch den Kriegshetzern in unserer Stadt zu zeigen, dass die Arbeiterschaft Braunschweigs von diesem Wahmwitz des Massenmords nichts wissen will, sondern diesen tief verabscheut.

Das war vor 90 Jahren. Juli 1914. Auf eine 90 Jahre lange Tradition sieht die Friedensbewegung in dieser Stadt zurück.

Braunschweig war damals nicht allein. In Dresden, Hamburg, Bremen, Lübeck, Freiburg, Düsseldorf, Essen, Berlin, Stuttgart, Königsberg, Bielefeld, Ludwigshafen demonstrierten die Menschen gegen die Anzettelung des Ersten Weltkriegs durch das entfesselte Bürgertum. Das ging der Berliner Zensurzentrale gegen den Strich und sie erfand die Lüge von der Augustbegeisterung der Deutschen 1914. Es wird Zeit, dass die Geschichtsbücher umgeschrieben werden. Es gab Begeisterung bei denen, die schon lange vorher den Krieg wollten. Aber als auf dem Braunschweiger Schlossplatz am 2. August die Mobilmachung ausgerufen wurde, so berichtet die damals noch unzensurierte Braunschweiger Neueste Nachrichten

stockte jedem der Atem, erschütterte alle, ließ auch den Tapfersten erblassen. Die Frauen aber weinen, sie ahnen das schwere Unglück, das über das deutsche Vaterland hereinbricht. Immer aufs neue wühlt der Schmerz in ihnen, wenn sie diesem oder jenem begegnen, der sie in wenigen Tagen, ja sogar Stunden verlassen muss.

Allgemeine Augustbegeisterung? Fehlanzeige, und es wäre wünschenswert, wenn das Landesmuseum den ohne Versorgung allein gelassenen Braunschweiger Frauen von 1914 die Ehre gäbe und diese Anfänge der Braunschweiger Friedensbewegung mit ins Bild setzen würde. Drei Lehren sind aus diesem Krieg zu ziehen:

1. Jeder Krieg ist vermeidbar. Auch der Erste Weltkrieg war es. Das ist heute auch Forschungsstand. Es gibt immer eine Lösung. Aber wer den Krieg will, kriegt ihn auch.

2. Der Bruch des Völkerrechts ist damals wie heute durch nichts zu rechtfertigen. Auch durch keinen Sieg. Die Deutschen marschierten in den ersten Tagen erfolgreich in das neutrale Belgien und brachen sichtbar das Völkerrecht. Die Belgier verteidigten ihr Land und schossen auf deutsche Truppen. Bereits in der ersten Ausgabe der Serie „Die Braunschweiger im ersten Weltkrieg“ berichtete ein Jüngling aus dem 92er Infanterieregiment offenerherzig:

Das zweite Bataillon war sofort in einen heftigen Straßenkampf verwickelt, alle Häuser mussten gewaltsam erbrochen werden, es entspann sich im Innern derselben ein wütender Kampf mit Kolben und Bajonett und da man mancher Hausbesatzung (mit Frauen und Kindern) nicht habhaft werden konnte, weil die Verteidiger sich auf dem Boden versammelt hatten, so griff man zu dem einzig wirksamen Mittel in solchem Falle, man zündete die Häuser an. Bald stand dann die Dorfstraße an vielen Stellen in Flammen.

Das ist der totale Krieg, der Vernichtungskrieg. Nicht erst seit 1939 oder 43 sondern bereits 1914. Dagegen setzt die Friedensbewegung nach 90 Jahren auch heute: die genaue Einhaltung des Völkerrechts und statt Vernichtung und totalen Krieg Verständigung, Gespräch und Interessenausgleich.

3. Schon damals: Einsatz von Massenvernichtungsmitteln. Der geplante Blitzkrieg war damals schon nach drei Monaten gescheitert und zum Stellungskrieg erstarrt. Die Hoffnung der Militärs lag in neuen so genannten Waffen, richtiger: Vernichtungsmitteln. Das war damals Gas und die deutsche Heeresführung setzte Gas als erste ein, dann auch die französische. Und was brachte es? Der totale Krieg ging noch zwei Jahre bis zur Erschöpfung weiter.

Liebe Leute, die Erinnerung an den 1. Weltkrieg zeigt uns: alles schon mal gewesen: den Lügen der Zensurbehörden heute, dem Bruch von Völkerrecht heute, der Drohung mit Massenvernichtungsmitteln heute setzt die Friedensbewegung Aufklärung, Schärfung des Rechtsbewusstseins und die Absage an alle Formen der Gewalt entgegen. Deshalb: Helm ab, aber nicht zum Gebet, sondern für immer.

Frieder Schöbel

Den Tod bringen Waffen aus Deutschland

Vortrag am 24. April 2006 in der Reihe „Wege zu einer Kultur des Friedens“

Ich beginne mit einem Beispiel aus der Demokratischen Republik Kongo: Nathalie wurde von ihrem Ehemann am 12. Mai 2005 erschossen. Als einer der Gründe wird angegeben: Es gibt im Kongo einfach zu viele Waffen. Mein zweites Beispiel: In Chile wurde aus deutschen Hubschraubern auf Demonstranten geschossen. Mensch könnte diese Beispiele vielfach vermehren.

Friedenspolitik muss die Vorherrschaft militärischer, bürokratischer und rüstungswirtschaftlicher Interessen brechen und Rüstungsproduktion in die Produktion ziviler Güter überführen ... Unser Ziel ist es, den Export von Waffen und Rüstungsgütern zu verhindern.

Das könnte ein originaler Text aus der Friedensbewegung sein, er stammt aber aus dem SPD-Programm 1998. Was wurde daraus?

1. Die Rüstungsexportberichte (REB) 2003-2005

Eigentlich hätte am 1. Dezember 2004 ein Aufschrei durch Deutschland oder wenigstens durch die SPD gehen müssen. Denn an diesem Tag wurde der Rüstungsexportbericht 2003 der Regierung veröffentlicht. Er enthüllte eine Steigerung des Umfangs von Waffenexporten um 50 %, nämlich von 3,3 auf 4,9 Milliarden Euro (zitiert nach „Wissenschaft + Frieden“, W+F). Bei den Kriegswaffen betrug die Steigerung sogar das Vierfache, nämlich von 0,3 auf 1,3 Milliarden Euro.

Im Jahr 2005 stiegen die Exporte von Kriegswaffen sogar auf 1,65 Mrd. Euro(+ 40 %), nachdem 2004 ein leichter Rückgang auf 1,13 Milliarden Euro zu verzeichnen gewesen war.

Diese Summen enthalten noch nicht die sogenannten Sammelgenehmigungen für Gemeinschaftsprojekte in der NATO, aufgrund derer die Unternehmen mehrere Ausfuhren an denselben oder verschiedene Empfänger im Ausland (vor allem im Rahmen der Zusammenarbeit bei regierungsamtlichen Kooperationsprojekten) vornehmen können. Sie lagen 2004 bei weiteren 1,3 Milliarden Euro.

Erst am 10. März 2005 wurde über den Rüstungsexportbericht für 2003 im Bundestag diskutiert (2004 im April über den von 2002!). Da waren das Papier und die Kritik

schon etwas angegilbt und Vieles dem Vergessen anheimgegeben. Und in diesem Jahr? Bis zum heutigen Tag gab es ebenfalls noch keine Diskussion des Berichts. Über die Gründe für die späte Debatte und für den Anstieg der Waffenexporte kann mensch nicht viel herausfinden. Ich vermute folgendes:

a) Die allgemeine Exportsteigerung lässt auch den Waffenexport wachsen. Die Einkaufsfähigkeit der Abnehmer nimmt offenbar zu. Die finanzielle Situation der Empfängerländer hat sich gebessert. Das Rüstungsgeschäft verspricht große Gewinne!

b) Der Kampf gegen den Terrorismus soll offenbar mit mehr Waffen geführt werden.

c) Das Problembewusstsein der rot-grünen Regierung und noch mehr das der großen Koalition hat sich zurückentwickelt. Denn Terror müsste in erster Linie mit Bekämpfung der Armut und Diskriminierung beantwortet werden. Nach alter Tradition reagieren Politik und Wirtschaft immer noch mit militärischen Antworten.

d) Die Verflechtungen, die Eingebundenheit der Länder nehmen im Zeitalter der Globalisierung zu. So haben französische (2) und deutsche (20) Rüstungsfirmen trotz der Ablehnung des Irakkriegs durch die Regierung weiter Rüstungsteile für diesen Krieg geliefert. (The New York Times, in: Süddeutsche Zeitung, 4.10.05)

e) Die Arbeitsplatzsicherung ist leider bei der SPD nicht genügend kritisch reflektiert. Die Betriebsräte der Rüstungsindustrie haben großen Einfluss. Dabei denken sie nur an sich selbst, nicht an die ungeheuerlichen Folgen für die Importländer.

f) Namen wie Pfahls, Schreiber, Kohl, Schäuble, Max Strauß etc. belegen: Korruption ist in unserem Land in der Rüstung besonders weit vorangeschritten. Immerhin hatte Wolfgang Schäuble sein Ziel Bundeskanzler zu werden dadurch vermässelt. Nun nimmt er einen neuen Anlauf als Minister. Kaum äußern sich gewählte Politiker, wir sind vielmehr auf die eher aufmerksamen Nichtregierungsorganisationen angewiesen.

Anlässlich der oben erwähnten Bundestagsdebatte des Rüstungsexportberichts 2003 veröffentlichten mehrere Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eine Presseerklärung. Amnesty international, die BUKO-Kampagne Stoppt den Rüstungsexport, die Kampagne gegen Rüstungsexporte bei Ohne Rüstung Leben (ORL), das Deutsche Aktionsnetz Kleinwaffen Stoppen (DAKS), die Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), die AG Rüstungsexporte im Netzwerk Friedenskooperative, Oxfam Deutschland und das RüstungsInformationsBüro Freiburg e.V. erklärten:

Noch immer fehlen bei den Exportgenehmigungen Details zu Art und Umfang der geplanten Lieferungen, zu Lieferanten, zu Empfängern, zum Verwendungszweck und zu Maßnahmen gegen eine Weiterverbreitung.

Der Bericht belegt auch, dass immer noch Lieferungen an problematische Staaten an der Tagesordnung sind. Eine konsequente Berücksichtigung von Menschenrechten, Gewaltprävention und nachhaltiger Entwicklung als Kriterien für die Exportentscheidungen ist weiterhin nicht nachvollziehbar.

„Angesichts solcher Genehmigungen sind die Politischen Grundsätze der Bundesregierung zum Rüstungsexport ... kaum noch das Papier wert, auf dem sie stehen.“

„Von 1998 bis 2003 hat Deutschland Kleinwaffenlieferungen im Wert von rund 32 Mio Euro (im Jahr 2003 allein 9 Mio, d. Verf.) in Staaten außerhalb der EU und NATO genehmigt“, kritisierte Jürgen Grässlin, der Bundessprecher der DFG-VK.

Die Organisationen fordern von der Bundesregierung eine zeitnahe Vorlage des Rüstungsexportberichts sowie eine vollständige und wesentlich transparentere Gestaltung. Darüber hinaus fordern sie, dass die Kriterien für Exportentscheidungen nachvollziehbar sind sowie eine wirksame Export-Kontrolle durch das Parlament. Es sei inakzeptabel, dass der Bericht für 2003 erst im Frühjahr 2005 im Bundestag diskutiert wird. Keinesfalls dürfen weiterhin Munition und Kleinwaffen in Drittstaaten exportiert und staatliche Hermes-Bürgschaften für Rüstungsexporte gewährt werden. Der „Kampf gegen den Terror“ müsse an der Beseitigung der wahren Ursachen - wie Hunger und Armut - ansetzen und dürfe nicht durch weitere Waffenexporte verschärft werden.

2. Die herkömmlichen Rüstungsexportvorschriften in Deutschland

Die deutschen Vorschriften gehörten eigentlich zu den strengsten weltweit. Zudem hatte die rot-grüne Regierung die Vorschriften über den Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern (Sind es überhaupt „Güter“ – wo sie doch so viel Unheil anrichten?) 1999 offiziell verschärft. Seitdem gibt es die regelmäßigen Rüstungsexportberichte. Die Verschärfung betraf die Hereinnahme der Menschenrechte, die Absicherung des Endverbleibs, Einflussnahme auf Koproduktionen, mehr Transparenz. Wörtlich:

*Der **Beachtung der Menschenrechte** im Bestimmungs- und Endverbleibsland wird bei den Entscheidungen über Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungs-*

gütern besonderes Gewicht beigemessen ... Genehmigungen ... werden grundsätzlich nicht erteilt, wenn hinreichender Verdacht besteht, dass diese zur internen Repression im Sinne des EU-Verhaltenskodex für Waffenausfuhren oder zu sonstigen fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden. Für diese Frage spielt die Menschenrechtssituation im Empfängerland eine wichtige Rolle.

In eine solche Prüfung der Menschenrechtsfrage werden Feststellungen der EU, des Europarates, der VN, der OSZE und anderer internationaler Gremien einbezogen. Berichte von internationalen Menschenrechtsorganisationen werden ebenfalls berücksichtigt.

Da fragt man sich, was Gerhard Schröder bewegte, das Embargo gegen China aufheben zu wollen, da doch die Menschenrechtslage dort nach wie vor sehr prekär ist. Den Menschenrechten soll ja „besonderes Gewicht“ beigemessen werden. Bereits seit 1982 war der Export von Kriegswaffen in Krisen-Regionen strikt untersagt gewesen (das sind „Spannungsgebiete“ – der Begriff wird oft sehr elastisch ausgelegt, im Zweifelsfall zugunsten der deutschen Wirtschaft, die durch die Stärke des BMWi im Entscheidungsgremium den größten Einfluss hatte und hat, Braunschweiger Zeitung, 11.9.99) – und kam doch immer wieder vor. Auch Embargos werden häufig umgangen, schreibt die FR noch am 28.4.04.

Die Bundesrepublik ist außerdem verpflichtet, den Verhaltenskodex der EU für Waffenausfuhren vom 8.7.98 sowie die „Prinzipien zur Regelung des Transfers konventioneller Waffen“ der OSZE vom 25.11.93 zu beachten. Lieferungen in Konfliktregionen können übrigens zu Negativfolgen für die Wirtschaft führen, wenn die durch viele Waffen verursachte dauernde Unruhen das Land ruinieren.

Was gehört zu „Kriegswaffen“?

Als Kriegswaffen gelten sowohl Kampfflugzeuge, Kampfhubschrauber, Kriegsschiffe, Panzer und gepanzerte Fahrzeuge als auch Maschinengewehre und Maschinenpistolen, vollautomatische und halbautomatische Gewehre, Panzerabwehrwaffen, Torpedos, Haubitzen, Minenlegsysteme, Flammenwerfer, Bomben, Gefechtsköpfe, Laserwaffen und jegliche Munition für solche Waffen.

Ein schlimmes Kapitel ist die Lieferung von Streumunition von deutschen Firmen. Zum Beispiel hat das Bundesverteidigungsministerium den Export des Raketenwerfers

M-70-Modular an die slowakischen Streitkräfte gebilligt. Das ist eine Weiterentwicklung des in vielen ehemaligen Ostblockstaaten verwendeten Werfers M-70. Der erste M-70-Modular- Raketenwerfer wurde bereits am 20. Mai 2005 von der Firma Diehl BGT Defence ausgeliefert. Weitere 26 Systeme sollen folgen. Vereinbart wurde zusätzlich die Lieferung von (227-mm-MLRS-) Raketen, die mit mehr als 600 Streumunitionen pro Rakete oder auch mit Landminen bestückt werden können.

Auch Rheinmetall bietet 155-mm-Artilleriegeschosse an, die mit 50-60 Streumunitionen gefüllt sind – ebenso EADS und seine Tochtergesellschaften, die Streumunitionen und passende Verlegesysteme anbieten.

3. Wie wird der Export bisher kontrolliert?

Als Gesetze sollten eigentlich gelten das Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG), das Außenwirtschaftsgesetz (AWG), die Außenwirtschaftsverordnung und die EG-Dual-use-Verordnung 1334/2000.

Die Genehmigung wurde in Deutschland auf das BMWi übertragen. Bei Konflikten mit anderen Ministerien tritt der Bundessicherheitsrat zusammen. Er besteht aus Vertretern des BMWi, des BMVg, weiterer 5 Ministerien und des AA. Das Bundeskanzleramt ist beteiligt und entscheidet beim Patt. Ministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul hat oft Bedenken wegen der Menschenrechtslage bestimmter Länder eingebracht. Wird Angela Merkel sie unterstützen? Der neue Außenminister? Für sonstige Rüstungsgüter und für Dual-Use-Güter ist das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle bereits die entscheidende Instanz.

Strafen

Angeblich legt die Bundesregierung strengere Kriterien an, als dies vom EU-Verhaltenskodex für Waffenausfuhren gefordert wird. Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz sollen in der Regel mit hohen Freiheitsstrafen geahndet werden. Eine Ausfuhr von Dual-Use-Gütern, die ohne die erforderliche Genehmigung erfolgt, wird als Straftat, zumindest aber als Ordnungswidrigkeit mit einer Bußgeldandrohung bis zu 500.000 Euro geahndet.

Die Türkei hat die alten NVA-Panzer aus Deutschland gegen die Kurden eingesetzt. Die Regierung Kohl leugnete das, obwohl es Fotos vom Einsatz gibt. Da die Türkei NATO-Mitglied ist, wurden beide Augen zugedrückt. Sie hat auch Lizenzen von Heckler&Koch zum Bau von Gewehren bekommen, die sie sogar in Krisengebiete

exportiert hat. Auch 250.000 alte Kalaschnikows der NVA sind nicht in der Türkei geblieben, sondern wurden in den Bürgerkriegen von Exjugoslawien bis zum Kaukasus eingesetzt.

Peter Lock nennt es zornig einen „Skandal, dass Gewehre und Munition in der Welt fast wie Massenkonsumgut“ gehandelt werden. Er fordert, dass die Politiker dazulernen müssten:

Kleinwaffen und Munition sind in Bürgerkriegen ein ganz zentrales Element. Darum müssen sie ein prioritär zu kontrollierendes Gut auf internationalen Märkten werden.

Die neuen Rüstungsexportgrundsätze betonen, dass Export in Nicht-NATO- und Nicht-EU- Länder (= Australien, Neuseeland, Japan, Schweiz) eigentlich grundsätzlich nicht erlaubt wird. Es soll aber Ausnahmen geben. Diese Ausnahmen umfassen ein Viertel des gesamten deutschen Exports!

In den Richtlinien steht „Beschäftigungspolitische Gründe dürfen keine ausschlaggebende Rolle spielen.“ Dies ist sowieso unsinnig, denn z. B. im Gesundheitswesen können mit dem Geld zwei- bis dreimal so viele Arbeitsplätze entstehen. Kriegswaffenexporte in Länder, die „in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind oder wo eine solche droht ... oder bestehende Spannungen und Konflikte durch den Export ausgelöst, aufrechterhalten oder verschärft würden“, sind nach diesen Vorschriften nicht erlaubt.

Auch soll geprüft werden, „ob die nachhaltige Entwicklung des Empfängerlandes durch unverhältnismäßige Rüstungsausgaben ernsthaft beeinträchtigt wird.“ Übrigens dürfte Deutschland danach eigentlich in die USA wegen der dort herrschenden Gewalttätigkeiten keine Waffen mehr liefern – aber die USA sind ja in der NATO und immer noch unser wichtigster Verbündeter. Deutschland exportierte im Jahr 2000 Kleinwaffen für 450 Mio Euro in die USA: Die Stückzahl wird geheim gehalten ...

Schließlich dürfen Kriegswaffen nur bei Vorliegen von amtlichen Endverbleibserklärungen, die ein Reexportverbot mit Erlaubnisvorbehalt (!) beinhalten, exportiert werden. Dies alles sind zusätzliche Bestimmungen für Nicht-EU und Nicht-NATO-Länder.

Ausweislich der Strafverfolgungsstatistik wurden im Jahr 2003 insgesamt 74 Personen wegen Verstößen gegen das KWKG und 19 Personen wegen Verstößen gegen das AWG nach allgemeinem Strafrecht verurteilt. Gegen 46 der wegen Verstößen gegen das

KWKG Verurteilten wurde eine Freiheitsstrafe verhängt, die in 39 Fällen zur Bewährung ausgesetzt wurde; gegen 28 Personen wurde eine Geldstrafe verhängt. Gegen 14 der wegen Verstößen gegen das AWG Verurteilten und gegen 5 Personen zu einer Freiheitsstrafe Verurteilten wurde die Strafe ausgesetzt.

4. Der Verhaltenskodex der EU für Waffenexporte (8.6.98)

Folgende Kriterien verbieten Waffenexporte:

1. *Bestehende Embargos und Sanktionen, Weiterverbreitung von ABC-Waffen oder Antipersonenminen (internationaler Vertrag besteht!)*
2. *Menschenrechtsverletzungen*
3. *Denkbarkeit bewaffneter Konflikte im Endbestimmungsland*
4. *Gefährdung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in einer Region*
5. *unbeabsichtigter Technologietransfer*
6. *Unterstützung des Landes für Terroristen, Einhaltung internationaler Verpflichtungen, Nichtanwendung von Gewalt, Nicht-Durchführung beschlossener Rüstungskontrolle*
7. *Wiederausfuhr*
8. *Unvereinbarkeit mit der technischen und wirtschaftlichen Kapazität des Empfängerlandes*

Dieser europäische Kodex ist rechtlich noch nicht verbindlich. Dies müsste durch eigene Ratifikationsgesetze der Länder geschehen. Schuld sind vor allem die in Frankreich und Großbritannien einflussreichen und staatlich subventionierten Rüstungslobbies. Das im EU-Verfassungsvertrag wohl auf deutschen Druck hin vorgesehene Europäische Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten lässt für die Zukunft wenig Gutes vermuten.

5. Vorschläge für Forderungen an die Politik

Verbot der Vorbereitung eines Angriffskrieges (26,1 GG) + Abrüstung intensivieren und den Trend zur Abrüstung verstetigen (FR 19.2.04) + Sonderinspektionen der IAEO + Kontrolle von Kleinwaffen, Zustimmung zu einem internationalen Vertrag liegt von einigen Regierungen (Großbritannien, Deutschland) vor + OSZE-/EU-Agentur für Rüstungskontrolle und Abrüstung schaffen, die aus dem Konfliktverhütungszentrum hervorgehen könnte. + Finanzielle und technische Abrüstungshilfen + Verschärfung der Rüstungsexportrichtlinien, was auch das Europa-Parlament schon am 16.11.2000 gefordert hat. Auf nationaler Ebene sollte wenigstens Rechtsverbindlichkeit des EU-Verhaltenskodex' hergestellt werden. + Keine Waffenexporte in Staaten außerhalb der NATO + Keine zivilen Kompensationsgeschäfte für Waffenexporte + Einstimmigkeit im Bundessicherheitsrat + Verschrottung überflüssiger Waffen + Fonds zur Bekämpfung des Hungers aus Abgaben aus Rüstungstransfers

Theodor Ebert

Was würde Jesus zum Bombodrom sagen?

Wir beginnen die 100. Protestwanderung gegen das Bombodrom mit einer Andacht vor einer evangelischen Kirche. Da fragt sich doch sicher mancher: Was soll eine solche religiöse Besinnung zu Beginn des 14. Ostermarsches der Bürgerinitiative Freie Heide? Ein Ostermarsch ist doch eine politische Veranstaltung des Bürgerprotestes und es ist doch überhaupt nicht selbstverständlich, dass in einer mehrheitlich säkularen Gesellschaft, für die Ostern ein Häschen- und Frühlingsfest ist, an denjenigen erinnert wird, dessen sogenannte Auferstehung von den Toten die Christenheit heute feiert. Wenn man „Auferstehung“ in säkulares Deutsch übersetzt, dann wird hier behauptet: Die Botschaft des frommen Juden Jesus von Nazareth ist mit seiner Hinrichtung durch die römische Besatzungsmacht, die auf Anzeige und polizeilichen Zugriff einheimischer Kollaborateure erfolgte, nicht abgetan. Diese Botschaft Jesu gilt weiter und soll uns Hoffnung geben. Das ist eine fragwürdige Behauptung, wenn man sich an die Hinrichtung dieses Jesus, der am Palmsonntag noch als Volksheld mit Hosianna-Rufen empfangen worden war, erinnert. Ob er auferstanden ist oder nicht, ob seine Lehre gilt oder nicht, erweist sich am Verhalten derjenigen, die zu ihm halten. Die christlichen Kirchen sind der ökumenische Zusammenschluss derjenigen, die heute noch auf die Worte Jesu hören wollen und diesen Worten und vorbildlichen Handlungen eine aktuelle, eine neues Leben weckende Bedeutung beimessen – jenseits der Todesangst.

Als ich 1962 in Stuttgart zum ersten Mal an einem Ostermarsch teilnahm, war Martin Niemöller derjenige Christ, zu dessen Bibelauslegung ich das meiste Zutrauen hatte und dessen Reden über das Thema „Christ und Kriegsdienstverweigerung“ ich studierte. Was mir an dem damaligen Kirchenpräsidenten von Hessen und Nassau und dem früheren persönlichen Gefangenen Adolf Hitlers in Dachau imponierte, waren seine Versuche, die Botschaft Jesu für sein eigenes Leben fruchtbar zu machen. Er tat dies nicht wie ein Professor der systematischen Theologie, der dank eines fabelhaften Intelligenzquotienten und seiner Belesenheit für jedes Problem Nullkommanichts eine telegene Antwort findet, die sich für den Vortrag in prachtvollen Kathedralen oder Domen eignet, nein, Niemöller tat dies, indem er in der Art der Fischer vom See Genezareth – und das waren keine Theologen – eine so einfache, wie direkte Frage stellte und dann in der Bergpredigt an diesem See Genezareth eine Antwort auf diese Frage suchte. Diese Frage an die aktuellen Herausforderungen lautete für Martin Niemöller: „Was

würde der Herr Jesus dazu sagen?“ Also auf unsere Situation bezogen: Was würde der Herr Jesus zum Bombodrom sagen? Und was würde er zu der Behauptung sagen, dass wir Deutschen eine Nato Response Force brauchen, um den Terrorismus zu bekämpfen, und dass diese Nato Response Force in der Kyritz-Ruppiner Heide das Abwerfen von Bomben und den Luftkampf üben muss?

Da ich ja nun selbst Professor bin und als Mitglied der Kirchenleitung mit Bischöfen und sehr gebildeten Theologen zu arbeiten hatte und diese auch schätzen lernte, habe ich mir überlegt, ob es denn zulässig ist, so einfach und direkt zu fragen: Was würde der Herr Jesus zum Bombodrom sagen? Wir wurden in der Kirchenleitung tatsächlich einmal so direkt gefragt. Die Synode wollte wissen, was wir von out of area Einsätzen der Nato halten? Das war eine klare Frage, welche die Perspektive des Aufbaus einer Nato Response Force bereits vorweg nahm. Bischof Forck meinte, aus jesuanischer Sicht gäbe es dazu nur eine kurze und klare Antwort: Wir sind dagegen. Andere meinten, wir müssten die dahinter stehenden Probleme aufgreifen und zu bearbeiten suchen. Das haben wir dann auch getan und das Ergebnis war unser Vorschlag, einen Zivilen Friedensdienst als Option für alle Wehrpflichtigen aufzubauen und diesen Zivilen Friedensdienst auf Inlands- und Auslandseinsätze vorzubereiten. Das Projekt ist noch nicht so weit gediehen, wie es sollte, aber es ist immerhin auf dem Weg.

Mir scheint die Situation heute ähnlich zu sein. Auf die direkte Frage: „Was würde Jesus zum Bombodrom sagen?“ könnte man mit Bischof Forck oder Martin Niemöller antworten: Er wäre strikt dagegen. Eine andere Antwort ist mit der Bergpredigt überhaupt nicht vereinbar. Der christliche Glaube hängt nun mal an der Kernaussage: Beati sunt pacifici. Selig sind die Friedensstifter. Das heißt, auf die aktuelle Herausforderung des Terrorismus bezogen: Wir müssen die Ursachen gewaltsamer Angriffe auffindig machen und mit konstruktiven Programmen Abhilfe zu schaffen suchen. Präzise, militärische Vergeltungsschläge, wie sie die israelischen Kampfpiloten demonstrieren, und der Krieg gegen den Terror in der Manier von Georg W. Bush sind kein jesuanisches, kein österliches Programm. Was man damit anrichtet, lässt sich im Blick auf Israel und Palästina einerseits und den Irak andererseits beobachten. Man muss nach den Ursachen der entsetzlichen terroristischen Angriffe suchen und mit konstruktiven Programmen dieser wahnsinnigen Gewalt allmählich den Schwung nehmen. Man muss die Terroristen und ihre Sympathisanten demotivieren. Als Supermacht oder als deren Bündnispartner mit Kampfflugzeugen aufzutumpfen, wird das genaue Gegenteil bewirken. Doch das Schwierige an dem jesuanischen Konzept ist, dass guter Wille und ein paar

konstruktive Angebote nur in seltenen Fällen zu einem sofortigen Einlenken der sogenannten Terroristen führen. Das jesuanische Konzept verlangt, die gewaltsamen Bedrohungen auszuhalten, die Gewalt zu ertragen – und gleichzeitig im konstruktiven Programm fortzufahren. Das ist die politische Übersetzung des Ratschlags in der Bergpredigt, die andere Backe hinzuhalten. Bei anhaltendem Terror muss man die konstruktiven Programme verstärken. Wenn man eingesehen hat, dass *eine Meile konstruktives Programm nicht reicht, dann muss man eben zwei und mehr Meilen gehen. Der Hamas nach einer demokratischen Wahl den Geldhahn zuzudrehen und gleichzeitig Israel U-Boote zu liefern, die Atomraketen tragen werden und die israelische Landnahme im Westjordanland und den monströsen Mauerbau zu tolerieren, ist keine jesuanische Strategie.*

Doch es wäre ein Missverständnis, wenn man nun annehmen würde, dass die Anhänger einer gewaltfreien Strategie auf der Basis oder sich gar zur Beteiligung an Gewalttaten nötigen lassen. Verbrechen gegen die Menschlichkeit müssen als solche bezeichnet werden, von wem auch immer sie begangen werden. Terroranschläge sind Verbrechen. Deutlicher Widerspruch und gewaltfreier Widerstand gegen das Unrecht passen zur Bergpredigt, weil sie den Gegner nicht verletzen, sondern ihm eine Chance geben, seinerseits das Verhalten zu ändern, damit die sonst endlose Kette von Gewalt und Vergeltung durchbrochen wird.

Ich spreche in der Andacht diese Grundsatzfragen der Politik an, weil ich den Eindruck habe, dass die Gegner und die Befürworter einer militärischen Nutzung des Kyritz-Ruppiner Heide aneinander vorbeireden und das Grundsatzproblem einer österlichen Antwort auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen nicht angepackt wird.

Die Bürgerinitiative sagt, das Bombodrom ist den Anwohnern unzumutbar, und die lokale Wirtschaft weist darauf hin, dass der Tourismus unter dem Fluglärm leiden würde und dass die Hauptstadt dieses Naherholungsgebiet braucht, und die Ökologen sagen, dass die Naherholung viel umweltverträglicher ist als Ferntourismus. Das ist alles richtig und es ist auch vorstellbar, dass es der Bürgerinitiative gelingen wird, das Militär abzudrängen, so dass es die Einsätze der NATO Response Force woanders übt. Das ist ja seit Jahren der Fall. Der Bundestagsabgeordnete der Grünen Winfried Nachtwei, Mitglied des Verteidigungsausschusses, argumentiert bekanntlich so: Die Bundeswehr sagt doch selbst, die Luftwaffe sei im Rahmen des Bündnisses einsatzfähig. Also: die Bundeswehr braucht die Kyritz-Ruppiner Heide gar nicht. Dann wäre ja alles in Butter. Die Bundeswehr ist einsatzfähig. Man muss die NATO Response Force gar nicht in Frage stellen. Die Bundeswehr muss ihre Einsätze nur woanders üben.

Es ist möglich, dass die Bundeswehr eines Tages nachgibt, weil die Gerichte weiterhin im Sinne der Bürgerinitiative entscheiden oder weil um Wählerstimmen besorgte Parteien dem Bundesverteidigungsminister bedeuten, dass er sich das Bombodrom abschminken kann.

Wenn es so kommt, dann ist die Bürgerinitiative happy und wird von einem Sieg des gewaltfreien Widerstands sprechen. Doch aus der Sicht desjenigen, dessen Auferstehung wir an Ostern feiern, wäre das nicht der Sieg, sondern nur ein lokal begrenzter Erfolg, der uns vielleicht sogar von der eigentlichen Aufgabe ablenkt. Dann verschwindet die lokale Bürgerinitiative und die bisherigen Protestwanderer gehen an Ostern Eier suchen wie andere brave Deutsche.

Und dann stehen alle Deutschen eines Tages vor Tatsache, dass mal wieder wie im Kosovo-Krieg die deutsche Luftwaffe Angriffe auf zivile Ziele wie Donaubrücken und Automobilfabriken fliegt, weil mal wieder ein Verteidigungs- und ein Außenminister Auschwitz beschwören und superschlaue Theologen mal wieder zu dem Ergebnis kommen, dass der Einsatz militärischer Mittel leider, leider die ultima ratio sei, das letzte Mittel sei, um Völkermord zu vermeiden.

Genau darauf sind die Deutschen im Kosovokrieg reingefallen. Es gab angeblich keine andere Möglichkeit. Die deutsche Luftwaffe musste sich am Krieg gegen Serbien beteiligen. Das Merkwürdige war dann nur, dass die Regierung Milosevic, die von der NATO für die Unterdrückung der Albaner verantwortlich gemacht wurde, dann gar nicht von der NATO gestürzt wurde, sondern schon nach relativ kurzer Zeit durch einen gewaltfreien Aufstand der Serben.

Meine Sorge ist, dass der Konflikt mit dem Iran um sein Atomprogramm in ähnlicher Weise bearbeitet wird wieder Kosovo-Konflikt durch die NATO. Der Konflikt eskaliert immer weiter, bis dann eines Tages diejenigen, die heute noch sagen, dass im Falle des Iran nur eine diplomatische Lösung möglich sei, dann doch aus der Luft die atomaren Anlagen zerstören werden – möglicherweise unter Beteiligung der NATO Response Force. Da gebe ich Winfried Nachtwei recht: Das kann die Luftwaffe auch ohne Übungsflüge in der Kyritz-Ruppiner Heide. Leider ist das so.

Und dann geht die Eskalation weiter. Dann haben wir den Terrorismus in Deutschland. Je mehr militärische Überlegenheit aus der Luft demonstriert wird, desto gehässiger wird die terroristische Reaktion am Boden ausfallen.

Und dabei könnte gerade Deutschland aufgrund seiner Erfahrungen mit dem zivilen Widerstand gegen den Bau von Atomkraftwerken und dem Vorsatz, die vorhande-

nen Atomkraftwerke abzuschalten, dem Iran ein Vorbild sein, sich gar nicht erst auf ein Atomprogramm einzulassen. Das Verrückte ist doch, dass die Mehrheit der Iraner glaubt, es würde ihnen mit den atomaren Anlagen etwas ganz Wertvolles vorenthalten, während die Mehrheit der Deutschen sie doch lieber heute als morgen los wäre. Worin die Deutschen eine Belastung sehen, das empfinden die Perser als eine erstrebenswerte nationale Errungenschaft. Daran sind aber auch unsere Politiker schuld, die unsere Kritik an der zivilen und der militärischen Nutzung der Atomenergie im Ausland nicht offensiv vertreten. Da gibt es ein Glaubwürdigkeitsproblem. Wir gestatten doch, dass amerikanische Atomwaffen auf deutschem Boden stationiert werden. Wenn wir den Abzug in aller Deutlichkeit fordern würden, dann würden wir bei unseren diplomatischen Missionen im Iran ganz anders dastehen.

Ich weiß, es ist viel verlangt, von der Bürgerinitiative Freie Heide zu erwarten, dass sie sich um Weltpolitik kümmert und sich die Sorgen der Perser macht, die sich jetzt mit einem vermeidbaren Konflikt belasten. Aber wir leben nun mal im Zeitalter der Globalisierung und darum ist es jetzt an der Zeit, dass die Bürgerinitiative Freie Heide sich bei der Frage, was würde der Herr Jesus zum Bombodrom sagen, mit dem Gedanken anfreundet, dass sie hier vor Ort auch Verantwortung für Sorgen anderer Länder und Völker mit übernimmt. Das war das Aufregende der Botschaft Jesu, dass seine lokale Bergpredigt am See Genesareth nach Ostern und nach Pfingsten als eine Botschaft von globaler Relevanz verstanden wurde. Selbstverständlich geht es nicht darum, Muslime zu missionieren, sondern wir müssen durch unser hiesiges Verhalten zeigen, dass wir uns vor Terrorismus und Energieengpässen nicht fürchten, sondern darauf vertrauen, dass Probleme sich mit friedlichen Mitteln bearbeiten lassen und dass wir die Geduld haben, akute Bedrohungen auszuhalten – ohne zu militärischen Sanktionen zu greifen.

Ich halte solch globales Denken auch in einer lokalen Bürgerinitiative für ein kluges Engagement. Die Befürworter des Bombodroms legitimieren sich mit der Herausforderung durch den internationalen Terrorismus und mit dem Verweis auf unsere Abhängigkeit von fossilen Energien und der Notwendigkeit, den Zugang zum Weltmarkt militärisch zu garantieren. Meine Sorge ist, dass auf der Linie der aktuellen amerikanischen Weltmachtpolitik, zu der Deutschland zurzeit im besten Falle ein Verhältnis des Lavierens und Zögerns hat, eine Lage eintreten könnte, welche in Deutschland zu einem Stimmungsumschwung zugunsten der harten Linie von Bush und Rumsfeld führt und dann im Zuge dieses Stimmungsumschwungs auch das Bombodrom als sicherheits-

politisch notwendig erachtet wird. Wenn es eng wird, dann werden sich die sicherheitspolitischen Belange gegen die wirtschaftlichen Interessen des Tourismus durchsetzen.

Darum ist es notwendig, dass auch die Bürgerinitiative sich mit sicherheitspolitischen Fragen offensiv auseinandersetzt. Wenn man Martin Niemöllers Frage heutzutage ernst nimmt, dann kann man sie gar nicht beantworten, ohne sich selbst zu fragen: Wie stehe ich eigentlich zu dem Problem des internationalen Terrorismus und der ihn letztlich motivierenden ungerechten Verteilung der Güter dieser Erde?

Ich weiß, dass man in der Bürgerinitiative Freie Heide diesen Problemen nicht gleichgültig gegenübersteht. Nach den Anschlägen auf die Twin-Towers in New York hat mich die Bürgerinitiative noch im September des Jahres 2001 zu einem Vortrag über „Pazifismus nach den Terroranschlägen in den USA“ nach Rheinsberg eingeladen. Der für den „Spiegel“ arbeitende Journalist Hendrik Broder hatte für meine Überlegungen nur Hohn und Spott übrig und seine Zusammenstellung von Zitaten pazifistischer Reaktionen in dem Buch „Kein Krieg, nirgends: Die Deutschen und der Terror“ avancierte temporär zum Bestseller und Broder tourte mit Amerika-Fähnchen am Revers durch die Talkshows. Ich stehe heute noch zu dem, was ich damals in Rheinsberg gesagt habe und ich denke, dass auch manche anderen Zitate, die Broder sozusagen aufgespießt hat, sich im Rückblick als Stimmen der Vernunft lesen. Doch ich erwähnte diese Erfahrung, weil sie uns lehrt, dass man als Bürgerinitiative auch Zustimmung einbüßen kann, wenn man jenseits des breiten Konsenses, der alle Bürgermeister im Umfeld des Bombodroms die Fahne des Tourismus hochhalten lässt, sich auf die Frage einlässt: Was würde der Herr Jesus zum Bombodrom und zum Krieg gegen den Terrorismus sagen?

So zu fragen, ist riskant. Ich nehme Ihnen im Anschluss an diese Andacht, einige Pfiffe nicht übel. Das wäre auch noch in der Tradition der Zeit Jesu. Als er mit seiner Bergpredigt fertig war, reagierten die Zuhörer ziemlich entsetzt. Doch ich finde es richtig, dass die Bürgerinitiative sich jedes Jahr der Herausforderung einer geistlichen Besinnung zu Beginn des Ostermarsches stellt und ich erwarte, dass das, was ich Ihnen heute sagen musste, Sie nicht davon abhalten wird, an dieser Tradition festzuhalten. Amen.

Helmut Weidemeier

Aus unserer Literaturgruppe

Wege zu einer Kultur des Friedens, wie sie das Friedenszentrum und das Braunschweiger Bündnis für den Frieden in der Öffentlichkeit aufzeigen wollen, findet man auch und gerade in der Literatur. Das war der Gedanke, der zur Gründung der Literaturgruppe des Friedenszentrums im Herbst 2001 und monatlichen Treffen führte.

Erzählungen, Novellen, Romane mit historischem Hintergrund oder mit interessanten persönlichen Schicksalen, Ereignissen aus Krieg und Frieden sind für uns ebenso gut geeignet wie Biographien von Friedensnobelpreisträgern (z.B. Carl von Ossietzky) oder von Menschen, die durch ihr Leben Wege zum Frieden aufzeigen (Mahatma Gandhi) – kann doch nicht jeder Text so direkt auf Frieden ausgerichtet sein wie Bertha von Suttners „Die Waffen nieder!“ Wir haben im Laufe der Zeit jedenfalls gemerkt, dass eine Fülle von Literatur auf ganz verschiedene Weise unser Hauptthema erschließt.

Von Anfang an waren wir in dieser Gruppe auf ‚Experimentieren‘ eingestellt. So wurden zuerst eigene Gedichte besprochen, auch Texte aus der Feder von „Erinaceus Lascivus“ (hinter dem sich ein Gründungsmitglied der Literaturgruppe verbirgt, der Herausgeber von „BSchreibt“). Anschließend ging es dann ziemlich „querfeldein“ durch die Literatur anhand der Vorschläge, die bei der Mehrzahl der TeilnehmerInnen Interesse fanden, wie es in vielen derartigen Gesprächskreisen üblich ist.

Zwischendurch standen unsere Lesungen in der Reihe ‚Berühmte PazifistInnen‘ auf dem Plan, in denen Biographisches und für Friedenspolitik Wichtiges über Carl von Ossietzky, Bertha von Suttner, Mahatma Gandhi, Dietrich Bonhoeffer und Martin Niemöller zusammengetragen wurde. Diese Reihe im Rahmen der „Wege zu einer Kultur des Friedens“ wird fortgesetzt. Auch unsere Beteiligung an der Ausstellung „Rosenstraße 76“ mit Lesungen zum Thema häusliche Gewalt im Februar dieses Jahres in der Martinikirche wäre an dieser Stelle zu nennen.

Besonders gern erinnern wir uns an die Eröffnung des Gedenkorts Buchhorst im Jahre 2004, zu der wir durch Lesungen an den einzelnen Stationen beitragen konnten.



Helmut Weidemeier

Dr. Ute Lampe

Frieden ist eine Herausforderung!

Das Friedensbündnis Braunschweig

Das Friedensbündnis Braunschweig gründete sich in einer Phase, die das Scheitern der vermeintlichen europäischen Friedenspolitik markierte: Im Kosovo-Krieg. Zum ersten Mal seit 1945 wurde auf europäischem Boden wieder ein zwischenstaatlicher Krieg geführt; für viele ein entsetzlicher und unfassbarer Zustand. Dieser Krieg offenbarte, wie verwundbar die europäische Friedensidee war und weiterhin ist, trotz des Wissens und der Erinnerung an das Grauen und die Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs. In dieser Situation haben sich Menschen im Friedensbündnis zusammengeschlossen, die sich überparteilich für Frieden einsetzen und vor Ort an einer Kultur des Friedens arbeiten.

In Bezug auf den Kosovo-Krieg war deutlich geworden, dass die Mittel der friedlichen Konfliktlösung nicht im vollen Umfang ausgeschöpft und militärische Interventionen in Europa zum Mittel der Politik wurden. Denn eine Suche nach einer Konfliktlösung, die von Gewaltandrohungen begleitet wird, ist zum Scheitern verurteilt. Damals wie heute zeigt sich, dass auf Seiten der Staatengemeinschaft einschließlich Europas die Idee einer friedlichen Konfliktlösung und die Möglichkeit eines Gewaltverzichts entweder nicht gewollt oder von Zweifeln bestimmt ist. Es wird zudem deutlich, wie wichtig eine Friedensarbeit ist, die Gewaltverzicht vermittelt und fassbar macht. Dieser Aufgabe sieht sich das Friedensbündnis verpflichtet. Dazu gehört auch, die tatsächlichen Ursachen von Konflikten und Kriegen aufzudecken, auf die Folgen fortwährend aufmerksam zu machen und Lösungen für eine gewaltfreie Konfliktbewältigung aufzuzeigen.

Globale Entwicklungen, die von Krieg und Gewalt geprägt sind, stehen ebenso im Mittelpunkt der Informations- und Aufklärungsarbeit des Friedensbündnisses, wie die europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Denn obwohl die europäischen Häupter *Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität in der Welt* in die Präambel vom VERTRAG ÜBER EINE VERFASSUNG FÜR EUROPA schreiben ließen und das *Hinwirken* darauf dort zur Aufgabe formulierten, ist die EU-Politik mehr denn je von diesem Anspruch abgerückt. Tatsächlich wird eine europäische Eingreiftruppe aufgebaut, die in Zukunft zweifelhaft EU-Interessen über die Grenzen Europas hinaus mit Mitteln der Gewalt durchsetzen wird. Parallelen zu diesen Zielen finden sich im ‚Weißbuch 2006 – zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr‘. Demnach wird die

Bundeswehr an „robusten Stabilisierungseinsätzen in Europa, an seiner Peripherie, aber auch weit jenseits der Grenzen des Bündnisgebietes“ beteiligt sein, was den Einsatz von Waffengewalt bedeutet. Diese ‚Transformation der Bundeswehr‘ von einer Verteidigungsarmee zu einer Kampftruppe für Auslandseinsätze ist mit dem Grundgesetz nicht vereinbar und damit rechtswidrig. Ferner stellt das Streben der EU einschließlich Deutschlands nach einer militärischen Vormachtstellung in der Welt eine bedrohliche Fehlentwicklung dar, die Bestrebungen nach einem friedlichen Zusammenleben der Völker untergräbt und dem globalen Friedensanspruch widerspricht und dem sich das Friedensbündnis entgegenstellt.

Friedensarbeit kann aber nur gelingen, wenn auch der kommunale Handlungsrahmen mit betrachtet wird. Dazu gehört der Blick sowohl auf die Vergangenheit und dessen Aufarbeitung als auch auf die aktuelle Politik. Auf Braunschweig bezogen ist es die koloniale Vergangenheit und der aktuelle Neokolonialismus, dem sich eine Arbeitsgruppe im Friedensbündnis widmet. Eine unheilvolle Beziehung zwischen vergangenen Engagement Braunschweigs für die Wehrmacht und dem gegenwärtigen für die Streitkräfte der Bundeswehr stellt die erneute Namensgebung der Stadt für eines der modernsten Typen von Kriegsschiffen dar. Daran zu erinnern, dass es in der Vergangenheit bereits Schiffe mit dem Namen Braunschweig gab, die Gewalt und Zerstörung brachten, darauf hinzuweisen, dass aktuell wieder modernste Kriegsschiffe mit dem Namen Braunschweig auf den Weltmeeren kreuzen und aufgrund dessen auf eine Rücknahme dieser Patenschaft zu drängen, ist gleichermaßen Friedensarbeit.

In Frieden zu leben ist keine Selbstverständlichkeit, das zeigen nicht nur der Kosovo-Krieg oder Kriege und Gewalt in anderen Regionen. Das Streben nach Frieden und um ein friedliches Zusammenleben, ist eine Herausforderung, der wir uns täglich stellen, bewusst oder unbewusst. Dabei sind wir Konfliktverursacher oder Konfliktschlichter, Friedensstörer oder Friedenshelden. Wie wertvoll Frieden und Völkerverständigung in unserem Leben ist, wird uns meistens erst bei seiner Abwesenheit bewusst. Diesen Zustand nicht entstehen zu lassen und die Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben zu schaffen, darum bemüht sich das Friedensbündnis in seiner Arbeit. Diese Arbeit gelingt durch Respekt und Wertschätzung gegenüber dem Einzelnen, durch Vielfalt, Weltoffenheit und Toleranz. In diesem Sinne für den Frieden zu arbeiten ist jeder herzlich eingeladen.

1. Mitglieder des Friedenszentrums

- Adam, Ulrike* 1993
Al-Salibi, Hassan 1992
Amara-Dokuba, Brigitte 2001
Apelt, Werner 1990
Bachmann, Klaus-Peter 2006
Barden, Roswitha 1991
Bauer, Siegfried 2005
Bialla, Marietta 1987
Böhnig, Hans-Gerhard 1994
Borvitz, Wolfgang 1988
Brandt, Rüdiger 1987
Breuer, Matthias 2006
Bruckner, Hans-Joachim 1988
Busse, Renate 2004
Canstein, Gabriele 1987
Constein-Gülde, Brigitte 1989
Dickschen, Franziska 1993
Dieter, Elke Almut 2002
Dockhorn, Dr. Kurt 1998
Erchinger, Herbert 2006
Friedrich, Heinz 1988
Gebauhr, Udo 2006
Gerlach, Dr. Ingeborg 1991
Gerlach, Jochen 2006
Goedeke, Dr. Richard 1987
Grimm, Bärbel 2007
Groß, Reinhard 1987
Grudzinski, Patryk 2006
Gustmann, Leni 1989
Hagemeyer, Annelie 1994
Hagemeyer, Rolf 1994
Halbeisen, Heinz-Günter 2003
Harder, Ulrich 1991
Hensel, Werner 1988
Henze, Bettina-Maria 1990
Heuer, Dr. Holger 1987
Heuer, Petra 1987
Heusinger, Jutta 2002
Kägeler-Evers, Hartmut 1987
Käss, Dr. Helmut 1995
Kalantari, Robert 1989
Karnagel, Helge 2000
Kipping, Anne 2001
Knörich, Elfride 1993
Krämer, Christoph 1994
Kramer, Dr. Helmut 1996
Kramer, Barbara 1996
Kuessner, Dietrich 2006
Laucke, Lisa 2001
Lehmann, Dr. Christine 1987
Lenk, Claus 2001
Loose, Florian 2006
Maladinsky, Lisa 1987
Markgraf, Jan 2002
Maschke, Jürgen 1987
Maschke, Sigrid 1987
Matzel, Maria 1993
Michaelis, Reinhild 1991
Molder, Gerald 1999
Ohnesorge, Gisela 1998
Olshausen, Dr. Regina 2006
Palm, Nicole 2001
Pandikow, Ilse 2001
Piel, Karsten 1999
Probst, Sigrid 1989
Quandt, Detlef 1988
Radeck, Horst 1992
Reinecke, Dirk 2004
Reuter, Jürgen 1987
Reuter, Susanne 1988
Rischbieter, Gabriele 1999
Robloff, Almuth 1987
Robloff, Isabel 1988
Schade, Ulrich 1988
Schaefer, Ursula 1987
Schipmann, Hubert 1993
Schmieding, Kristine 2001
Schöbel, Frieder 1987
Schöbel, Renate 1987
Schöbel-Rutschmann, Prof. Dr. Sören 1987
Schuchardt, Susanne 2002
Schulze, Brigitte 1988
Segger, Rudi 1988
Segger, Corinna 1995
Senfileben, Corinna 1989
Stammberger, Helmut 1987
Stawik-Ruttor, Ilona 1999
Störig, Wolfgang 2000
Sündermann, Christoph 1990
Süßner-Greve, Brigitte 1988
Thiel, Gabriele 1997
Vahjen, Marit 1987
Vahlbruch-Frenzel, Ingrid 2006
Vergin, Horst 1988
Vorwerk, Angela 2003
Wasilewski, Ines 2006
Wasilewski, Lillemor 2006
Wegmann, Gudula 1991
Weidemeier, Helmut 2000
Wichert, Harro 2002
Wickham, John 1990
Zager-Spinn, Erich 1996

Unsere verstorbenen Mitglieder:

Wolfgang Berger – Gertrud Berking – Hartmut Bolte – Elisabeth Bröger – Erich Constein – Herbert Fernau – Margrit Fröde – Heinz Müller – Johanna Nowak – Franz Pelz – Hartwig Robloff – Walter Schürmann – Rita Walter – Elsbeth Westphal

2. Vorstände des Friedenszentrums

20. 3. 87	<i>Canstein</i>	<i>Heuer</i>	<i>Lenhardt</i>	<i>Schöbel</i>	<i>Zabel</i>
4. 8. 88*	„	<i>Brandt</i>	„	„	„
10. 4. 89	„	„	„	„	—
25.11.89*	„	„	„	„	<i>Gille</i>
16.10.90*	„	<i>Bloß-Carvalho</i>	<i>Sündermann</i>	„	„
19. 3. 91	„	<i>Maschke</i>	„	„	„
28. 1. 93	„	<i>Süßner-Greve</i>	„	„	<i>Heuer</i>
7. 3. 95	„	„	„	„	„
27. 2. 97	„	„	<i>Zager-Spinn</i>	„	„
23. 2. 99	„	<i>Thiel</i>	„	„	„
30. 3. 00*	„	„	„	„	<i>Kramer</i>
6. 11. 00*	<i>Weidemeier</i>	„	„	„	„
20. 4. 01	„	„	„	„	„
11. 1. 03	„	<i>Gerlach</i>	„	„	„
7. 3. 05	„	„	„	„	„

* *Nachwahl*

3. Mitarbeiter des Friedenszentrums

<i>ABM-MitarbeiterInnen des FZ</i>	<i>Jahr</i>	<i>Umfang</i>
1. <i>Hartmut Kägeler-Evers</i>	88/89	<i>voll</i>
2. <i>Reinhard Zabel</i>	88/89	<i>voll</i>
3. <i>Daniela Kleemann</i>	88-93	<i>tw. 3/4</i>
4. <i>Elsa Bloß-Carvalho</i>	89	<i>voll</i>
5. <i>Bettina Henze</i>	91-93	<i>3/4</i>
6. <i>Dr. Sabine Baumann-Wilke</i>	91/92	<i>1/2</i>
7. <i>Andreas Schattka</i>	94-96	<i>voll</i>
8. <i>Kerstin Müller</i>	97	<i>voll</i>
9. <i>Reinhard Gronen</i>	98/99	<i>voll</i>
10. <i>Martina Staats</i>	99	<i>1/2</i>
11. <i>Heidi Hüther</i>	01/ 02	<i>voll</i>
<i>Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen</i>		
1. <i>Anja Wrede</i>	95	<i>2/3</i>
2. <i>Ines Wasilewski, M. A.</i>	06	<i>3/4</i>

4. Publikationen des Friedenszentrums

Braunschweig im Bombenkrieg, Band 1

Dokumente zur Ausstellung 1993.

Frieder Schöbel, Heinz Friedrich (Hrsg.)

Braunschweig 2004 (4. Auflage), ISBN 3-86573-004-3, 144 Seiten, 13 Euro

Der Bombenkrieg war für Braunschweig das einschneidendste Ereignis im 20. Jahrhundert. Nicht nur für die Stadt, sondern auch für die Familien bedeutete er ein Stück Geschichte, das die Menschen erleiden mussten. In dieser Dokumentation kommen Zeitzeugen zu Wort. Die Briefe, Tagebuchaufzeichnungen und Berichte vermitteln durch ihre zusammenhängenden Darstellungen erschütternde Einblicke in Tages- und Zeitabläufe, in Entwicklungen persönlicher Lebensbedingungen und in die allmähliche Veränderung der Einstellung und Gemütsverfassungen unter dem immer stärker werdenden Druck durch die zunehmenden Bombenangriffe.

Braunschweig im Bombenkrieg, Band 2

Frieder Schöbel, Heinz Friedrich (Hrsg.)

Braunschweig 1995, 136 Seiten, 13 Euro

Diese Dokumentation setzt die Berichte von Zeitzeugen fort. Schwerpunkte sind die Erlebnisse von Kinder und Jugendlichen im Bombenkrieg und während der Kinderlandverschickung sowie Berichte über das schwere Schicksal von ZwangsarbeiterInnen.

Braunschweig im Bombenkrieg, Band 3

Dokumente aus der Gedenknacht 1994.

Die Berichte Paul Gerloffs und weiterer Zeitzeuginnen.

Frieder Schöbel, Heinz Friedrich (Hrsg.)

Braunschweig 2006 (2. Auflage), ISBN 3-86573-169-4, 118 Seiten, 13 Euro

Die Berichte Paul Gerloffs aus den Jahren 1944 und 1945 stellen ein Protokoll der letzten Bombardierungen Braunschweigs dar, wie diese aus heimatlicher Sicht erlebt wurden. Was ihnen ihre Bedeutung gibt, ist die eigentümliche Perspektive, aus der heraus sie geschrieben



5. Ausstellungen des Friedenszentrums

- 03, 09-10/88 Kinder spielen und erleben Krieg,
Friedenszentrum, Wilhelm-Bracke-Gesamtschule
- 08/88 Hiroshima / Nagasaki 1945, Rathaus
- 03-12/89 Hunger ist kein Schicksal – Hunger wird gemacht,
Friedenszentrum
- 5/89 Carl von Ossietzky: „... aber von dir wird gesprochen“,
Altstadtrathaus
- 08/89 Helden – Mörder – Opfer. Kriegerdenkmäler in Braunschweig
und Dortmund, Altstadtrathaus
- 08/90 Produkte für das Leben statt Waffen für den Tod,
Friedenszentrum
- 12/90, 06/91 Der alltägliche Krieg, Friedenszentrum, Technische Universität
- 06/91 Kinderleben nach Tschernobyl, Rathaus
- 11/91 Freundbilder – Feindbilder, Feindbilder im Wandel; Rathaus
- 05/92 It's possible. Israelische und palästinensische Künstler für
Frieden, Brücke
- 04/93, 08/97 My Life is my Message. Das Leben und Wirken von
M. K. Gandhi, Magnikirche (2x), Wolfsburg Rathaus, Alte Waage
- 08/93 Die Entwurzelung ist die bei weitem gefährlichste Krankheit der
menschlichen Gesellschaft. Zum 50. Todestag von Simone Weil,
Öffentliche Bücherei
- 10/93 Braunschweig im Bombenkrieg. 50 Jahre danach,
Altstadtrathaus
- 04/94 Bilder aus einem besetzten Land. Palästina, esg
- 06/94 Waffen für die Welt: Stoppt die Rüstungsexporte! Alte Waage
- 09/94 Bomben auf Braunschweig, Landesmuseum
- 01/95 Kurdistan: Geschichte, Kultur und Gegenwart, Alte Waage
- 06/95 Der Traum von einem anderen Deutschland.
Die Weiße Rose, Öffentliche Bücherei
- 10/95 n.t.r. – nothing to report. Alltägliches aus dem Krieg in Bosnien
VHS Heydenstraße
- 01/96 Zerstörung und Erlösung. Kriegsdienstverweigerung und
Desertion während des Zweiten Weltkriegs. Alte Waage
- 05/96 Ende und Anfang. Verweigerung und Widerstand 1943 – 47,
Buchhandlung Wagner
- 11/96 Für ein Permanentes Kriegsverbrechertribunal, Alte Waage

- 04/97 Gute Minen gibt es nicht!, Alte Waage
04/97 Erich Maria Remarque – Der Weg zurück,
Buchhandlung Wagner
10/97 Die Frauen und der Krieg, Alte Waage
04/98 Steine im Fluss. Zivilcourage in Magdeburg vor 1989,
Alte Waage
06/98 Gewaltfreie Konfliktbearbeitung. Ziviler Friedensdienst.esg
09/98 Das Geheimnis der Versöhnung ist Erinnerung. Der Krieg
gegen die Sowjetunion 1941 bis 1945, St.-Andreas-Kirche
05/99 Das Reichskriegsgericht und der Widerstand gegen die
NS-Herrschaft; Alte Waage
08/00 Wo ist die Wahrheit über den Krieg? (Exjugoslawien),
Radio Okerwelle
05/01 Peace to the City: „Ich hab’ den Krieg gezeichnet“ –
Kinderzeichnungen, Magnikirche, Alte Waage
08/03 Künstler gegen den Atomkrieg, Magnikirche



Peace to the City: Kinderzeichnungen als Symbol gegen Krieg und Gewalt. 2001 zu sehen in der Magnikirche und in der Alten Waage.

6. Vortragsreihe: Wege zu einer Kultur des Friedens

Eine Reihe des Friedenszentrums Braunschweig e. V. in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule und dem Friedensbündnis

Übersicht über die bisher behandelten Themen

Sommer 1999

- 17.03. Frieder Schöbel: Wie erinnern wir uns?
Erinnerungspunkte an die Gewalt der Nationalsozialisten in BS
- 21.04. Achim Bruckner: Kriege und bewaffnete Konflikte heute,
Gewaltfreie Konfliktbearbeitung
- 28.04. Frieder Schöbel: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus im
Film, Beispiel „Kriegsgericht“ (1959)
- 17.05. Dr. Helmut Kramer: Die Bestätigung des Unrechts – Zur Aufarbeitung
der Wehrmachtsjustiz nach 1945
- 26.05. Frieder Schöbel: Film und Diskussion „Wehrmachtsjustiz“
- 16.06. Frieder Schöbel: Die Anti-Landminen-Kampagne

Winter 1999/2000

- 15.09. Pastor Harald Welge: Konzepte der Friedensethik
- 11.10.1. Danko Alimpic: Was wird aus dem Balkan?
- 17.11. Prof. Dr. Ernst August Roloff: Erinnern in Braunschweig
- 14.12. Dr. Helmut Käss: Die Agenda für Frieden und Gerechtigkeit im
21. Jahrhundert – Die 2. Haager Friedenskonferenz 1999
- 19.01. Raik Packeiser (Bundeswehr): Brauchen wir noch eine Wehrpflicht?

Sommer 2000

- 07.03. Leyla Onur, MdB: Friedenspolitik und Rüstungsexporte
- 14.04. Nikolai Khramov, Moskau: Gegen den Krieg in Tschetschenien
- 02.05. Hanns-Dieter Fingscheidt: Kosovokrieg und humanitäres Völkerrecht
- 06.06. Pastor Klaus Burckhardt: Medien und Jugendgewalt

Winter 2001/2002

- 19.09. Dr. Helmut Käss: Zivile Friedensräte oder Interventionsräte –
ein Beitrag der BürgerInnengesellschaft?
- 17.10. Gabriele Thiel: Kinder aktiv gegen den Krieg – Beispiele für
Friedenserziehung
- 12.12. Barbara Kramer: Frauen in der Bundeswehr – ein Fortschritt,
aber wohin?
- 16.01. Frieder Schöbel: Kleinwaffen töten mehr Menschen als andere

Winter 2002/2003

- 16.09. Hans Goswin Clemen: MOVIMENTO DOS SEM TIERRA – Die Landlosenbewegung in Brasilien
- 16.10. Sigrid Probst: Israel und Palästina – Reise in ein besetztes Land
- 09.12. Dr. Wolfgang Heinz: Der Schutz der Menschenrechte in Deutschland und international: Das Institut für Menschenrechte in Berlin
- 20.01. Friedrich Käss: Was denkt die US-amerikanische Friedensbewegung?

Sommer 2003

- 17.03. Anne Müller: Ein Name ist ein Versprechen: Projekt Liberia
- 19.05. Dr. Oliver Thränert: Brauchen wir neue Schutzbestimmungen gegen Biowaffen?
- 16.06. Anoir El-Cherkeh, Dr. Helmut Käss: Das Elend im Irak

Winter 2003/2004

- 15.09. Adama Logosu-Teko: Kann ein VN-Friedenseinsatz die gegenwärtigen Probleme Afrikas lösen?
- 17.11. Dirk Natusch, Sigrid Probst: Afghanistan vor großen Zerreißproben
- 15.12. Dr. Philip Boos: Die Entwicklung des Völkerrechts und die Rolle der USA
- 19.01. Frieder Schöbel: UNCOPAC – eine neue Friedenskommission für die Vereinten Nationen

Sommer 2004

- 15.03. Ahmed Achwan, Ali Abdullah, Alwasiti Karim: Wann ist der Irak-Krieg zuende?
- 19.04. Dr. Fawzy Naji, Elke-Almut Dieter: Frieden für Israel und Palästina
- 17.05. Dr. Antje Richter: ABSTURZGEFAHR: Sozialabbau – Gefahren und Alternativen
- 21.06. Kees Wiebering: Ziviler Friedensdienst – Bilanz und Perspektiven

Winter 2004/2005

- 20.09. Literaturgruppe
Berühmte PazifistInnen I: Carl von Ossietzky verstehen
- 16.10. Literaturgruppe
Berühmte PazifistInnen II: Bertha von Suttner
- 20.11. Frieder Schöbel: Geneva Accord – Die Genfer Übereinkunft: ein Friedenskonzept für Israel und Palästina

17.01. Literaturgruppe Berühmte PazifistInnen III: Mahatma Gandhi

Sommer 2005

21.02. Jonathan Kriener: Das erste israelisch-palästinensische Schulbuch
30.05. Hans-Georg Hartwig, Frieder Schöbel: Pro + contra Wehrpflicht
20.06. Dr. Fawzy Naji: Dias von Jerusalem

Winter 2005/2006

19.09. Literaturgruppe Berühmte PazifistInnen IV: Dietrich Bonhoeffer
17.10. Ines Wasilewski M. A., Elke-Almut Dieter: Tragen die Medien zu einer Kultur des Friedens bei?
28.11. Dr. Ingeborg Gerlach: Ungesicherte Arbeit – Gefahr für den inneren Frieden?
1.12. Regina Hagen: Schritte zu einer atomwaffenfreien Welt: nur ein Traum?
16.01. Dr. Ute Lampe: Deutschland – Einwanderungsland

Sommer 2006:

20.02. Literaturgruppe Berühmte PazifistInnen V: Martin Niemöller
20.03. Ines Wasilewski: Wann ist der Krieg im Irak zuende?
24.04. Frieder Schöbel: Den Tod bringen Waffen aus Deutschland
15.05. Dr. Ljiljana Verner: Die vergessenen Folgen der Jugoslawienkriege
19.06. Prof. Hartmut Heuermann: Wie viel USA verträgt die Welt?

Winter 2006/2007:

18.09. Florian Loose: Wie erziehbar ist der Mensch?
16.10. Gabriele Canstein/Ines Wasilewski, M.A.: Der neue Sicherheitsbegriff
20.11. Raif Hussein M. A.: Palästina und Europa
11.12. Sigrid Probst: Kriegskinderinnerungen
15.01. Lühr Henken: Die Korvette „Braunschweig“

